

LINKS wirkt

Kommunalwahlprogramm 2009

DIE LINKE.

Kreisverband Bochum

Kommunalwahlprogramm 2009

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung am 26. Januar 2009

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
1. Soziale Gerechtigkeit.....	8
1.1 Soziales	8
1.2 Gesundheit	10
1.3 Bildung	14
1.4 Jugend	19
1.5 Frauenpolitik	22
1.6 Seniorinnen und Senioren	26
1.7 Enthinderung	28
2. Wirtschaft.....	30
2.1 Arbeit und Wirtschaft	30
2.2 Öffentliche Unternehmen	32
2.3 Finanzen	34
3. Demokratie und Solidarität.....	38
3.1 Demokratie	38
3.2 Migration und Integration	39
3.3 Antifaschismus und Antirassismus	42
3.4 Antimilitarismus und Frieden	44
4. Stadtentwicklung.....	46
4.1 Soziale Stadtentwicklung	46
4.2 Wohnen	49
4.3 Verkehr	50
4.4 Kultur	52
4.5 Sport	53
5. Ökologie.....	55
5.1 Umwelt	55
5.2 Energie	58

Einleitung

Unsere Stadt gehört uns allen!

Für soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie in Bochum!

Die wachsende Spaltung unserer Gesellschaft in Arm und Reich verändert das Leben der Menschen in Bochum. Verarmung und Ausgrenzung sind in unserer Stadt ebenso sichtbar wie der Wohlstand der gut Verdienenden und Reichen. Das brutale Beispiel von Nokia zeigt: Wer sich heute noch sicher wähnt, durch Arbeit in einem hoch profitablen Unternehmen sein Auskommen zu haben, findet sich morgen schon als überflüssiges Renditehindernis auf der Straße wieder. Armut ist nicht nur die Folge von Arbeitslosigkeit. Niedriglöhne für volle Arbeit reichen immer häufiger kaum noch für das Existenzminimum eines einzigen, geschweige denn für den Unterhalt auch nur eines Kindes. Projekte privater Mildtätigkeit versuchen mit Armentafeln, Suppenküchen, Lebensmittel- und Gebrauchtmöbeldepots, auch in unserer Stadt, drängendste Not zu mildern. 9 von 30 Bochumer Ortsteilen werden im Sozialbericht der Stadt als sozialstrukturell benachteiligt bezeichnet: hier sind die Menschen besonders von Armut bedroht, ihre Wohnverhältnisse ungünstig und belastend und die Bildungs- und Zukunftschancen der Kinder und Jugendlichen deutlich schlechter als in den besseren Vierteln.

DIE LINKE. in Bochum kämpft dafür, dass in unserer Stadt niemand sozial isoliert und ausgegrenzt wird. Unsere Stadt gehört uns allen! Gleiche soziale, kulturelle und demokratische Teilhabe aller Menschen, die in Bochum leben, ist unser Ziel. Wir wollen eine Stadt der sozialen Gerechtigkeit und des solidarischen Miteinanders und keine KOSTSPIELIGEN Leuchtturmprojekte für wenige, die schon alles haben. Die Stadtteilentwicklung der benachteiligten Ortsteile darf der Stadtentwicklung im Zentrum nicht zum Opfer fallen

Mit jedem Schritt unserer Kommunalpolitik wollen wir zwei Dinge deutlich machen:

- Unsere Kommunalpolitik strebt nicht nur das Beste für die Menschen an, sondern wir wollen Entscheidungen mit den Betroffenen diskutieren und umsetzen. Und wir wollen Entscheidungen direkt der Gesellschaft übertragen. Unser Leitbild für Kommunalpolitik ist die Bürgergesellschaft und Bürgerkommune.
- Jede kommunalpolitische Entscheidung muss sich am Grundsatz sozialer Gerechtigkeit orientieren. Vor allem daran, den Benachteiligten in dieser Gesellschaft Chancengleichheit und einen Standard an sozialer Sicherheit zu geben.

SPD und Grüne gehen in Bochum einen anderen Weg. Sie setzen auf Leuchtturmprojekte wie Konzerthaus, RuhrTriennale und Rewirpowerstadion statt auf eine nachhaltige Stadtentwicklung. Verwaltungshandeln und Hinterzimmerpolitik

sind für sie wichtiger als direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung. Und sie umgehen oder ignorieren Vorschläge, mit denen die Lebensbedingungen der armen Menschen unmittelbar und nachhaltig verbessert würden, wie Sozialtickets, Sozialtarife für Strom und Gas und kostenlose Kindergartenplätze.

Die Politik der CDU wird die soziale Spaltung der Stadt noch beschleunigen. Sie tritt ein für Privatisierung und radikalen Abbau aller so genannten „freiwilligen“ Leistungen. Das bedeutet Sozialabbau und den Ausverkauf der Stadt.

Dazu gibt es eine Alternative: DIE LINKE. steht ein für soziale Gerechtigkeit und mehr Demokratie, für den Erhalt des Bürgereigentums und für eine solidarische und ökologische Stadtentwicklung.

Allerdings sind auch uns Grenzen für eine andere Politik gesetzt. Die finanzielle Situation der Kommunen hat sich auf Grund der Steuerentlastungen für die Unternehmen und Vermögenden in den letzten Jahren erheblich verschlechtert. Die Politik von Bundes- und Landesregierung fördert privaten Reichtum und schafft öffentliche Armut. Die Einleitung eines Politikwechsels auf Bundes- und Landesebene ist Voraussetzung dafür, dass die Handlungsfähigkeit von Kommunalpolitik überhaupt erst wieder hergestellt wird.

DIE LINKE. in Bochum wird jeden sich bietenden Gestaltungsspielraum ausnutzen, die konkreten Lebensbedingungen der benachteiligten Menschen in unserer Stadt zu verbessern. Dies bedeutet für uns:

- Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Bildung, umweltfreundliche Mobilität, Kultur und Freizeit müssen für alle Menschen zugänglich gemacht werden
- ein bezahlbares Sozialticket, ein gebührenfreies Konto für Bedürftige bei der Sparkasse und Sozialtarife bei den Stadtwerken
- Armut darf sich nicht vererben: Gleiche Lebenschancen für unsere Kinder, sozial ausgleichende, kostenfreie Bildung von der Kita bis zum Studium
- grundlegende Bedarfssicherung für alle durch öffentliche Daseinsvorsorge in demokratischer Kontrolle statt Privatisierung
- Nein zu den Hartz-Gesetzen! Und - solange sie noch in Kraft sind - die Dämpfung ihrer unsozialen Folgen
- gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben statt Diskriminierung, für Mann und Frau, Junge und Alte, Behinderte und Nichtbehinderte, Sicherheit und Integration für Menschen mit Migrationshintergrund und Flüchtlinge statt Ausgrenzung
- demokratische Mitwirkung. Menschen müssen auch außerhalb von Wahlen an grundsätzlichen Entscheidungen, wie beispielsweise der Haushaltsplanung, beteiligt sein.

Kommunalpolitische Veränderungen zur Überwindung der Spaltung der Gesellschaft erfordern entschlossene Bündnisse mit starken Gewerkschaften, den globalisierungskritischen und sozialen Bewegungen und Initiativen in unserer Stadt, die sich dem herrschenden Zeitgeist des Neoliberalismus und den Unterdrückungsverhältnissen in der Gesellschaft entgegen stellen. DIE LINKE. in Bochum will in und mit diesen Bündnissen zusammenarbeiten, ihre Anliegen und Aktivitäten aufgreifen und setzt für die praktische Kommunalpolitik auf ihren notwendigen außerparlamentarischen Druck.

DIE LINKE. setzt sich entschieden ein für ein soziales und lebenswertes Bochum. Für alle Menschen, die hier leben.

1. Soziale Gerechtigkeit

1.1 Soziales

Statt Armut – ein menschenwürdiges Leben für alle!

Das Eintreten für soziale Gerechtigkeit bleibt das zentrale politische Anliegen der Linken. Sozialpolitisches Engagement muss daher nach unserem Verständnis ein Kernbereich kommunaler Daseinsvorsorge sein. Kommunale Sozialpolitik kann sich für uns nicht nur auf eine Ressortaufgabe beschränken. Sozialpolitik muss zu mehr Chancengerechtigkeit beitragen. Als Hilfe zur Selbsthilfe sollte kommunale Sozialpolitik über Prävention, Beratung und Unterstützungsmaßnahmen alle Möglichkeiten der Armutsbekämpfung nutzen. Kommunale Sozialpolitik ist nur begrenzt in der Lage, gesellschaftlich verursachter Armut begegnen zu können, aber sie darf durch restriktive und bürokratische Handhabung der Gesetze nicht zusätzlich zum Abbau von sozialen Leistungen beitragen und Armut fördern. Die Spielräume des Verwaltungshandelns sind zu Gunsten betroffener Leistungsempfänger auszuschöpfen. Kommunale Sozialpolitik muss gerechtere Lebensbedingungen und Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe für behinderte Menschen, SeniorInnen, MitbürgerInnen anderer Herkunftsstaaten und Asylsuchende, Frauen und Homosexuelle schaffen und sichern.

Arbeitslosigkeit, Armut und unsichere Beschäftigungsverhältnisse nehmen ständig zu. Durch stagnierende und sinkende Realleinkommen greift die Verarmung auf den Mittelstand über. Unsere sozialen Sicherungssysteme geraten dadurch immer stärker in die Krise. DIE LINKE steht für einen demokratischen Sozialstaat mit sozialen Mindeststandards. Denn nur auf Rechtsansprüchen gegründete soziale Sicherheit ermöglicht Freiheit für alle und nicht nur für Vermögende.

Vordringlich ist der Kampf gegen Armut. Mindestens jeder Vierte in Deutschland ist armutsgefährdet - Tendenz steigend. Dies führt immer stärker zu Ausgrenzungen, macht sozial einsam und kulturell arm. Die wachsende Armut ist in den Städten und Gemeinden deutlich sichtbar. Versorgungsangebote wie „Tafeln vor Ort“ werden vermehrt nachgefragt. Für diese Entwicklung gibt es drei Hauptgründe: Die Zunahme von Arbeit im Niedriglohnsektor, den Regelsatz im ALG II, der Abbau von sozialen Leistungen - vor allem in sozialen Brennpunkten. Diese Entwicklung in einem der reichsten Länder der Erde halten wir für zutiefst beschämend!

In Deutschland können Millionen Beschäftigte nicht von ihrer Arbeit leben und viele erhalten ergänzendes Arbeitslosengeld II. Befristete Beschäftigung und Teilzeitjobs nehmen von Jahr zu Jahr zu. Prekäre Beschäftigungen steigen stetig, ALG II-Empfänger werden in 1 Euro-Jobs gezwungen. Dies erhöht den Druck auf die Beschäftigten und schwächt die Gewerkschaften. Damit jeder

Mensch in Würde leben kann, muss vordringlich gegen Arbeitslosigkeit und deren soziale Auswirkungen vorgegangen werden. DIE LINKE lehnt die Hartz-IV Gesetze weiterhin ab und will diese überwinden, denn Hartz IV erhöht den Druck auf die Arbeitslosen, ohne ihnen eine dauerhafte Beschäftigungsperspektive zu geben. Politik hingegen muss Rahmenbedingungen schaffen, damit existenzsichernde und sozial abgesicherte Arbeitsplätze eingerichtet werden. Wir wollen, dass alle 1-Euro Jobs in Bochum zu Gunsten sozialversicherungs-pflichtiger Arbeitsstellen abgeschafft werden. Hierzu wollen wir alle Kommunalen Spielräume nutzen. Schon in der vergangenen Wahlperiode hat sich die Bochumer Fraktion der LINKEN im Rat dafür stark gemacht und zahlreiche Anträge gestellt, die von den anderen Parteien konsequent abgelehnt wurden. An der Richtigkeit unserer Forderung halten wir aber weiterhin fest und an ihrer Verwirklichung werden wir als Fraktion und Partei auch in den kommenden 5 Jahren arbeiten!

Über 40.000 Haushalte in Bochum müssen von Hartz-IV und Sozialgeld leben. Massenarbeitslosigkeit, Hartz IV, prekäre Beschäftigungen und Lohndumping machen Familien arm und führen damit auch zu Kinderarmut. Je mehr Kinder, desto ärmer die Familien. Arbeitnehmer mit Kindern verdienen fast ein Fünftel weniger als der Durchschnitt, Alleinerziehende mehr als ein Drittel weniger. Von den Bochumer Familien mit drei Kindern und mehr ist jede dritte armutsgefährdet, bei den Alleinerziehenden sind es sogar 38,2%. Wir brauchen in Bochum eine ab dem ersten KiTa-Jahr kostenfreie, ganztägige Kinderbetreuung, die den Kindern gleiche Bildungschancen von Beginn an bietet und ihren Eltern die Möglichkeit auf Erwerbstätigkeit gibt. Diese Betreuung darf aber nicht nur der Verwahrung dienen - Kinder haben einen Anspruch auf eine pädagogisch hochwertige Fürsorge. Viele Eltern, können ihren Kindern keine komplette Schulausstattung für die Ersteinschulung bezahlen. Hartz IV raubt Kindern Bildungs- und Entwicklungschancen. Deshalb ist als erster Schritt ein neues Bemessungssystem erforderlich. Wir begrüßen alle privaten Initiativen, die Kindern aus ihrer Armut helfen wollen, fordern aber trotzdem einen Rechtsanspruch aller Kinder aus Familien mit einer prekären Einkommenssituation auf eine Einschulungsbeihilfe, ein kostenfreies warmes Mittagessen und kostenfreie Schulbücher. Es darf nicht sein, dass schon Kinder auf die Mildtätigkeit von reichen Privatpersonen oder Vereinen wie dem „Förderturm“ abhängig gemacht werden! Hier kann und muss die Kommune helfen.

Die zunehmende Altersarmut trifft besonders Menschen, die zu einem niedrigen Einkommen gearbeitet haben oder Langzeitarbeitslose waren. Hier droht eine starke Zunahme, denn immer mehr Branchen zahlen Stundenlöhne von unter 7 Euro. Auch schlechter bezahlte Zeitarbeit steigt an. Deshalb fordert DIE LINKE gegen Altersarmut einen gesetzlichen Mindestlohn von zunächst 10 Euro und armutsfeste Renten. Menschen in Armut leben häufig in Wohnungen mit schlechter Qualität oder sogar in einer Gesundheit gefährdenden Umgebung. Niemand darf wegen ALG II aus seiner Mietwohnung vertrieben werden. Bei den Wohnkosten sind die gestiegenen Mieten und Nebenkosten voll zu berücksichtigen. Alternative Wohnformen und genossenschaftliche Projekte müssen

gefördert werden. Zusätzlich gehört zu einem menschenwürdigen Leben unserer Ansicht nach auch, soziale Kontakte zu haben und auch dann aufrecht zu erhalten, wenn man von Armut betroffen ist. Die Möglichkeit, Busse und Bahnen zu nutzen ist hierfür unerlässlich. Selbst Suppenküchen und Kleiderkammern sind häufig nur mit einer längeren Anfahrt zu erreichen. Im Regelsatz von Hartz IV sind weniger als 12 Euro für Fahrtkosten vorgesehen. In Bochum aber kostet schon das Monatsticket der Preisstufe A2 € 57,25. Wir fordern daher ein Sozialticket für Bochum, dessen Höhe den im Eckregelsatz angegebenen Betrag auf keinen Fall überschreiten sollte. Mobilität und der öffentliche Personennahverkehr dürfen in einer reichen Gesellschaft wie der unseren, nicht zum Luxus werden.

DIE LINKE. in Bochum tritt ein für:

- ein Bochumer Sozialticket für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)
- eine Ausweitung des „Bochum Passes“
- Sozialtarife für Gas und Strom bei den Bochumer Stadtwerken
- eine Einschulungsbeihilfe, Lernmittelfreiheit und kostenlose Mittagessen in den Schulen und Tageseinrichtungen für alle betroffenen Kinder
- den Erhalt und Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und gegen die Privatisierung von kommunalen Wohnungen
- die Fortführung der Bochumer Sozialberichterstattung (Armuts-/ Reichtumsbericht)
- öffentlich geförderte, sozialversicherungspflichtige, tarifliche Beschäftigungsverhältnisse statt 1-Euro Jobs
- die stärkere finanzielle Unterstützung von sozialen Vereinen, Initiativen, Selbsthilfegruppen und Beratungseinrichtungen
- die Schaffung von öffentlich finanzierten Ombudsstellen, die helfen sollen, soziale Rechte durchzusetzen
- den Ausbau einer pädagogisch qualifizierten Kinderbetreuung für Kinder aller Altersstufen

1.2 Gesundheit

Gesundheit ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht

Die Partei DIE LINKE. stimmt überein mit der Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) von 1981. Sie erklärt Gesundheit zu einem Grundrecht jedes Menschen, verstanden als „Zustand des vollkommenen körperlichen, seelischen (geistigen) und sozialen Wohlbefindens des Menschen und nicht nur das Freisein von Krankheit und Gebrechen. Die Erlangung des bestmöglichen

Gesundheitszustandes ist eines der Grundrechte eines jeden Menschen ohne Unterschied der Rasse, Religion, des politischen Bekenntnisses, der wirtschaftlichen oder sozialen Stellung“. Gesundheitsschutz und Gesundheitsförderung sind auch gemäß UN-Konvention Bürgerrechte.

Kinder, die in Armut aufwachsen, haben als Erwachsene eine schlechtere Gesundheit. Umgekehrt erhöht chronisch schlechte Gesundheit das Armutsrisiko.

Auch im Gesundheitswesen wächst der Druck neoliberaler Ökonomen, durch diverse Reformen Kliniken und andere medizinische Einrichtungen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und nicht nach Kriterien der kommunalen Daseinsvorsorge zu strukturieren. Das Gesundheitswesen soll marktfähig gemacht werden, um hier riesige Profite privat abschöpfen zu können. Die Linke lehnt diese Politik ab.

Die medizinische Versorgung im stationären Bereich gehört zur Daseinsvorsorge der Kommunen.

Die Linke tritt dafür ein, dass:

- die am Bedarf orientierte Krankenhausplanung in staatlicher Hand bleibt. Die Länder und Kommunen sollen weiterhin ihre Verantwortung für die bedarfsgerechte, investive Ausstattung der Krankenhäuser wahrnehmen.
- die weitere Privatisierung von Krankenhäusern verhindert wird.

Leitbild unserer Gesundheitspolitik ist die WHO Definition für eine „Gesunde Stadt“

„Eine gesunde Stadt verbessert kontinuierlich die physischen und sozialen Lebensbedingungen und fördert die Entfaltung gemeinschaftlicher Aktions- und Unterstützungsformen; beides mit dem Ziel, die Menschen zur wechselseitigen Unterstützung in allen Lebenslagen zu befähigen und ihnen die maximale Entfaltung ihrer Anlagen zu ermöglichen.“

Selbst wenn gerade auf dem Gebiet gesundheitlicher und sozialer Daseinsfürsorge die Gestaltungsmöglichkeiten der Stadt Bochum auf Grund der gesetzlichen Vorgaben erheblich eingeschränkt sind, kann und muss die Stadt sich stärker im Bereich der Gesundheitsförderung engagieren.

Zunächst ist eine umfassende **Gesundheitsberichterstattung** nötig, um sich einen Überblick über die Gesundheit der Bevölkerung zu verschaffen. Frauen und Männer unterscheiden sich, das zeigt die Gesundheitsberichterstattung 2000 des Landes NRW, sowohl hinsichtlich des Gesundheits- und Krankheitsverhaltens, als auch der sozialen Rahmenbedingungen. Es fehlt ein Überblick über die gesundheitliche Situation von Frauen. Ihre Gesundheitsprobleme und Ressourcen sind bisher nur unzureichend untersucht worden.

In der kommunalen **Gesundheitsversorgung** hat das Gesundheitsamt viele Aufgaben zu erfüllen. Dazu gehören die schulärztliche Betreuung und Aufklärung von Kindern und Jugendlichen. Ein notwendiger Bestandteil öffentlicher Gesundheitsversorgung sind kommunale Krankenhäuser. Die Versorgung im Bereich Palliativmedizin ist in vielen Kommunen völlig unzureichend.

Die Linke tritt dafür ein, dass:

- die Gesundheitsberichterstattung Planungsgrundlage für die Gestaltung der Gesundheitspolitik ist. Die für die Gesundheitsberichte erforderlichen Daten sollen grundsätzlich geschlechtsdifferenziert erfasst werden.
- das Frauengesundheitszentrum weiter unterstützt wird. Bei der gesundheitlichen Versorgung ist auf frauenspezifische Bedürfnisse zu achten.
- die Untersuchung auf krankmachende Bedingungen und Schadstoffe in Betrieben, Schulen und anderen Einrichtungen ausgebaut wird.
- die schulärztliche Betreuung und Aufklärung von Kindern und Jugendlichen intensiviert wird.
- die Versorgung im Bereich Palliativmedizin verbessert wird. Die Bettenzahl ist drastisch zu erhöhen. Die Hospize müssen stärker gefördert werden.

Angesichts zunehmender **Armut** und des Zusammenhangs von Armut und Gesundheitsproblemen ist es notwendig, die Vorsorge und Gesundheit mit besonderen, speziell für diese Gruppe entwickelten Programmen zu fördern.

Obwohl **Migrantinnen und Migranten** prinzipiell über die gleichen Zugangsmöglichkeiten zu den Angeboten des Gesundheitswesens verfügen, nutzen sie diese Möglichkeiten oftmals deutlich anders als Personen ohne Migrationshintergrund. Insbesondere präventive Gesundheitsmaßnahmen scheinen bei Migrantinnen und Migranten weniger bekannt und akzeptiert zu sein. Das geht aus einem Bericht einer Arbeitsgruppe der Kommunalen Gesundheitskonferenz der Stadt Bochum hervor.

Ein weiterer Schwerpunkt der kommunalen Gesundheitspolitik liegt im Bereich **Drogenprävention**. Weil für DIE LINKE. Drogensucht kein strafrechtliches, sondern ein medizinisches Problem ist, fordern wir, den Drogenkonsum zu entkriminalisieren. An die Stelle von Fehlinformationen und Ideologisierung der restriktiven Drogenpolitik müssen Aufklärung, Information und konkrete Maßnahmen der Prävention und Hilfe treten. Verstärkte Anstrengungen müssen auch im Bereich der Prävention der häufig bagatellisierten „Volksdrogen“ Alkohol und Tabak unternommen werden.

Die Linke tritt dafür ein, dass:

- die Vorsorge und Gesundheit von Personen, die von Armut betroffen sind, mit besonderen speziell für diese Gruppe entwickelten Programmen gefördert werden.
- die medizinische Versorgung obdachloser Menschen ausgebaut und dauerhaft abgesichert wird. Die hier bestehenden Initiativen sind stärker zu fördern. Über die Notversorgung hinaus ist hier insbesondere in dem Bereich der medizinischen Vorsorge und Aufklärung zu investieren.
- insbesondere auf die Bedürfnisse von Flüchtlingen und MigrantInnen die Gesundheitsämter stärker mit speziellen Programmen reagieren. Die Arbeit mit durch Flucht und Kriegsgefahr traumatisierten Menschen und die Hilfe für Frauen, denen Beschneidung und Vergewaltigung widerfahren ist, muss einen besonderen Stellenwert erhalten.
- Flüchtlingen eine gesundheitliche Versorgung zugesichert wird, die dem allgemein üblichen medizinischen Leistungsniveau entspricht.
- die Betreuung Drogenkranker und konkrete Integrations- und Qualifizierungsmaßnahmen und deren Förderung für Süchtige ausgebaut werden, damit diese die Chance eines Lebens auch außerhalb ihrer Szene erhalten.
- die Arbeit der Krisenhilfe mit ihren präventiven Angeboten im Bereich der illegalen Drogen inkl. der Fortführung des Drogenkonsumraumes weiter unterstützt wird.
- die Suchtprävention von Alkohol und Tabak, insbesondere durch eine kontinuierliche Aufklärung an den Schulen, intensiviert wird.

Wünschenswert wäre ein dezentrales **Beratungs- und Bildungsangebot**. Eine der wenigen positiven Ausnahmen bildet hier das Projekt der Aufsuchenden Gesundheitsberatung vom Frauengesundheitszentrum.

Der **Gesundheits-Selbsthilfe** muss ein größerer Stellenwert gegeben werden. Ziel dabei ist es, die Gesundheitsförderung in Bochum insgesamt zu stärken. Dabei sollte die Entwicklung persönlicher Kompetenzen im Umgang mit Krankheit und Gesundheit und die selbstbewusste Interessenvertretung Orientierungsrahmen für die Förderung der Selbsthilfegruppen durch das Gesundheitsamt sein. Eine Möglichkeit zur Stärkung der Partizipation der Bürgerinnen und Bürger in der Gesundheitsplanung und Gesundheitsförderung ist die regelmäßige Durchführung von breit angelegten Gesundheitskonferenzen. Dabei geht es vor allem darum, zu einem ausgewählten Thema interessierte Bürgerinnen und Bürger, die Gesundheitsselfhilfe und die Experten aus den Einrichtungen und Diensten zusammenzuführen und in gemeinsamer öffentlicher Diskussion sowie im Konsens Handlungsempfehlungen zu beschließen, die aus eigener Kraft und mit den vorhandenen Ressourcen umgesetzt werden können.

Die Linke tritt dafür ein, dass:

- die bestehenden Beratungs- und Betreuungsstellen erhalten und ausgebaut, die psycho-sozialen Dienste erweitert und die AIDS-Beratungsstellen erhalten werden.
- die gesundheitliche Aufklärung von Kindern und Jugendlichen intensiviert wird.
- die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Gesundheitsplanung und -förderung durch Gesundheitskonferenzen verstärkt wird, Selbsthilfegruppen durch das Gesundheitsamt unterstützt werden, dass die Krankenkassen noch mehr als bisher die Gesundheitsselbsthilfe auch finanziell fördern und dass kommunale Mittel für die Selbsthilfe-Förderung bereitgestellt werden.
- regionale Gesundheitskonferenzen durchgeführt werden. Alle im Gesundheitswesen tätigen Gruppen und Organisationen sind in die Arbeit der Gesundheitskonferenzen stärker einzubeziehen.
- die AIDS-Prävention ausgebaut wird.

1.3 Bildung

Ein universelles Menschenrecht!

Bildung und Ausbildung sind nicht nur der „Schlüssel zur Welt“, sondern Investitionen in die Zukunft. Das deutsche Bildungssystem gehört mit zum Selektivsten der Welt. DIE LINKE. nimmt es nicht hin, dass Bildungszugang und -erfolg in hohem Maße von sozialer Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern abhängig sind. Eine qualifizierte Bildungspolitik ist ein grundlegender elementarer Faktor, der die soziale Entwicklung fördert und zugleich auf das Leben vorbereiten soll.

Frühkindliche Bildung

In Kindertagesstätten lernen Kinder, sie entdecken und knüpfen soziale Kontakte. Deshalb müssen alle, unabhängig von der sozialen Situation der Eltern, ungehinderten Zugang zu Kindertagesstätten haben. DIE LINKE. will Kindertagesstätten und Krippen, die nicht verwahren, sondern Räume schaffen, in denen Kinder von klein auf zu kompetenten und mündigen Menschen heranwachsen: Stark, frei, selbstbewusst und sozial eingestellt. Das deutsche Bildungssystem trennt Kinder zu früh auf ihren Bildungswegen, ist unzureichend ausgestattet und bewirkt eine soziale Auslese. Das hat spätestens die PISA-Studie belegt. Das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) ist ein weiterer Schritt in die falsche Richtung. Mit ihm werden Qualitätsstandards abgebaut, Elternbeiträge erhöht und das Personal prekären Beschäftigungsverhältnissen ausgesetzt. Das alles geschieht auf Kosten der Kinder, der Eltern mit Niedrigeinkommen, der Kommunen und vor allem der ErzieherInnen. Bei Kindertagesstätten muss der Bildungsauftrag gestärkt werden. Frühkindliche Bildung schließt für DIE LINKE.

mit ein, das allen Kindern das aktive Erlernen der Sprache ohne Hürden zu ermöglichen ist. Dieses gilt sowohl für Kinder aus bildungsfernen Schichten, ebenso wie für Kinder mit Migrationshintergrund. Bei einem Wechsel in die Schule, sollte gut Deutsch gesprochen werden können. Für den Fall, dass Eltern und das soziale Umfeld der Kinder, dieses nicht leisten können, darf es nicht zum Nachteil des Kindes werden! Bochum und NRW muss sich den Herausforderungen der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund stellen. Kinder mit Migrationshintergrund sind eine Bereicherung und Chance für eine ökonomische, kulturelle, lebensanschauliche und gesellschaftliche Vielfalt. Wir fordern ein demokratisches Bildungssystem, gesellschaftliche Rahmenbedingungen, Toleranz und Mut zur Öffnung für eine bessere Integration.

DIE LINKE. tritt ein für:

- einen Rechtsanspruch auf gebührenfreie KiTa-Plätze ab dem ersten Lebensjahr und den hierfür erforderlichen Ausbau gebührenfreier, altersgemischter Kleingruppen;
- bedarfsgerechte und wohnortnahe Plätze für alle Kinder, die den Zusammenhalt fördern
- einen offenen Zugang zur Bildungseinrichtungen für alle
- Betreuungs- und Öffnungszeiten, die eine Berufstätigkeit von Müttern und Vätern ermöglichen;
- die Anhebung der Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher, was insbesondere die Ausbildung an Fachhochschulen, höheren Verdienst und mehr Zeit zur Weiterbildung einschließt;
- die Verringerung der Gruppengrößen und eine erhebliche Verbesserung des Personalschlüssels;
- gesundes und kostenloses Mittagessen in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen insbesondere für Kinder aus prekären Einkommensverhältnissen;
- eine den Bedürfnissen von Kindern und Erzieherinnen und Erziehern angemessene sächliche Ausstattung der KiTas
- die Unterstützung der Erzieherinnen und Erzieher bei den immer mehr zunehmenden administrativen Aufgaben;
- die Unterstützung sowie Aus- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer bei den von der Landesregierung eingesetzten Sprachstandsfeststellungstests.

Schulische und Ausbildung

Gleiche Chancen bei dem Zugang für Bildung, ist die Aufgabe einer gerechten und sozialen Gesellschaft. DIE LINKE. fordert gleiche Chancen für alle in jeder Lebensphase. Diese Chancengleichheit existiert im Augenblick nicht. Vielen

Kindern und Jugendlichen wird der Zugang zu höheren Bildungseinrichtungen und Abschlüssen auf Grund ihrer Herkunft verwehrt. Kinder- bzw. Jugendliche aus gut situierten Familien haben große Chancen auf einen qualifizierten Schulabschluss, die Chancen von Kindern aus sozial schwächeren Familien auf einen qualifizierten Ausbildungsplatz, sind deutlich geringer. Eine Schule für alle würde die frühe, auch soziale, Selektion der Kinder vermeiden. Daher fordert DIE LINKE. eine Schule für alle - längeres gemeinsames Lernen bringt höhere Bildungserfolge! Aber auch die immer weiter steigenden Kosten und die Mehrbelastung der Eltern (durch teure Bücher, Nachhilfe, Klassenreisen etc.) führen zu einer Selektion der Kinder im Bildungswesen. DIE LINKE. spricht sich daher für einen Rechtsanspruch auf die Übernahme der Kosten durch die Kommune für Schulbücher, Mittagessen und auch eine Einschulungsbeihilfe für Kinder aus einkommensschwachen Familien aus. DIE LINKE. fordert mittelfristig die völlige Lehrmittelfreiheit. Die aktuelle Situation in Bochum, dass mit Glück die Kosten durch den Verein „Förderturm“ übernommen werden und so schon Kinder auf die Mildtätigkeit anderer angewiesen sind, nehmen wir nicht hin und halten sie für untragbar.

Wir wollen nicht, dass Kinder und Jugendliche das „Humankapital“ der neoliberalen, auf Profit orientierten, auf frühe Bildungsselektion setzenden Wirtschaft werden.

DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass das Schulsystem im Interesse der Kinder und Jugendlichen und ihren Bedürfnissen reformiert wird. DIE LINKE. ist sich darüber im Klaren, dass schon heute gut ausgebildete Fachkräfte fehlen und das dieser Mangel in Zukunft noch größer werden wird. Diesem Mangel muss schon heute mit einer breiten Bildungsoffensive begegnet werden. Selektion und immer höhere Kosten sind der falsche Weg. Gebührenfreie KiTas und eine Rücknahme der Studiengebühren und so gleiche Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen wären ein Schritt in die richtige Richtung.

Entschieden lehnen wir den im „Programm zur Zukunft der betrieblichen Ausbildung“ verabschiedeten Praktikumszwang für Schülerinnen und Schüler ab. Die schwarz-gelbe Landesregierung will so der Ausbildungsplatzknappheit begegnen. Betriebe bekommen auf diesem Wege billige - oder sogar kostenlose Arbeitskräfte – sind aber nicht verpflichtet, auszubilden.

Die Zerteilung der Ausbildungsordnung in einzelne Module gefährdet das bewährte System der dualen Berufsausbildung in Betrieb und Berufsschule. Diese Änderung führt zu einer Ungleichbehandlung der Auszubildenden und hat einen Qualitätsverlust auf dem Rücken der Auszubildenden zur Folge. DIE LINKE. fordert gemeinsam mit den Kammern und Gewerkschaften den Erhalt der dualen Berufsausbildung sowie eine Umlagefinanzierung für nicht ausbildungswillige Betriebe. Wer nicht ausbildet muss zahlen!

DIE LINKE. tritt ein für:

- ausreichende Finanzmittel für die Kommune, damit diese ihren schulpolitischen Aufgaben in vollem Umfang und den Anforderungen entsprechend gerecht werden können;
- einen Rechtsanspruch für Kinder aus prekären Einkommensverhältnissen auf eine Einschulungsbeihilfe, sowie auf kostenfreie Schulbücher und ein warmes Mittagessen. Grundbedarf soll nicht erbettelt werden müssen!
- ein kostenfreies Ticket für Bus und Bahn für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen, damit der Schulweg gesichert ist;
- den Erhalt und Ausbau von Ganztagsangeboten und der Schulsozialarbeit;
- eine dem technologischen Stand angepasste Ausstattung der Schulen mit Medienräumen und Schulbibliotheken;
- eine gute und angemessene Sach- und Raumausstattung in Schulen und Weiterbildungseinrichtungen;
- qualifizierte und angemessen entlohnte Lehr- und Betreuungskräfte.
Keine
1 Euro-Kräfte an Schulen!

Erwachsenen- und Weiterbildung

DIE LINKE. ist der festen Überzeugung, dass Lernen ein lebenslanger Prozess ist. Lernen kann in unserer, sich schnell verändernden Gesellschaft, nicht zu einem festen Zeitpunkt aufhören.

Bereits die Landesregierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen hat massive Kürzungen der Geldmittel im Bildungsbereich, auch bei der Erwachsenen- und Weiterbildung vorgenommen, die aktuelle Landesregierung von CDU/FDP setzt diesen Kürzungswahn weiter fort. Dies ist unverantwortlich und führt vor allem die Volkshochschulen an den Rand der Handlungsfähigkeit. In den letzten zwei Wahlperioden sind die Finanzmittel der Volkshochschulen um 28% gesenkt worden. Dieses ist der falsche Weg!

DIE LINKE. tritt ein für

- den Erhalt und Ausbau der Bildungsangebote der Volkshochschulen, damit die VHS ihrem Bildungsauftrag auch gerecht werden kann;
- gute Arbeitsbedingungen für Dozentinnen und Dozenten. Die Arbeitsbedingungen der DozentInnen müssen sich an den geltenden Standards und Besoldungsgruppen orientieren. Die Qualität der Kursangebote darf nicht zu Gunsten geringerer Honorarkosten leiden;
- eine Möglichkeit der „Ausbildungsauffrischung“. Menschen, die einige Jahre nicht in ihrem Beruf gearbeitet haben (sei es auf Grund von Erzie-

hungspausen, Krankheit oder Arbeitslosigkeit) sollte die Möglichkeit gegeben werden, sich durch eine kurze Zusatzausbildung in ihrem erlernten Beruf wieder auf den aktuellen Stand zu bringen. Ein Wiedereinstieg in den Beruf würde so vielen erleichtert!

Sponsoring und Privatisierung im Bildungswesen

Die fortschreitenden Privatisierungsschritte in den Kommunen führen dazu, dass immer mehr Menschen vom gleichberechtigten Zugang zu Bildung ausgeschlossen werden. Werbung und Wirtschaft haben Schulen für sich entdeckt. Unter dem Einfluss privatwirtschaftlicher Faktoren (z.B. Sponsoring und der damit oft verbundenen Produktwerbung) auf öffentliche Schulen, verlieren öffentliche Schulen ihren zur Neutralität verpflichteten Bildungsauftrag. DIE LINKE. fordert eine gerechte, demokratische, chancengleiche Bildung und spricht sich gegen jegliche Privatisierungstendenzen im Bildungswesen aus.

Die Bertelsmann-Stiftung ist einer der Vorreiter und Marktführer im Bereich Privatisierung im Bildungswesen. Die auf den ersten Blick „sozial wirkenden Projekte“ (u.a. Migrationsförderung, Schulentwicklung, Anshub.de, Ausbau der Gesundheitsförderung) bergen aber die Gefahr, dass der Staat und die Kommune sich mehr und mehr aus der Verantwortung zurückziehen und den Stiftungen das Feld und damit die neoliberale, selektive auf Gewinnmaximierung orientierte Gestaltung der Bildung überlassen.

Die Weiterbildung ist der inzwischen am stärksten kommerzialisierte Bildungsbereich in Deutschland. Neben den privaten Weiterbildungseinrichtungen sind die allgemein bildenden Privatschulen und private Schulen, die eine Berufsausbildung anbieten, auf dem Vormarsch. Auch hier gilt: nur wer zahlt, kann sich diese leisten – ein Aushebeln der demokratischen Bildungsangebote.

Wie der Staat die Kommerzialisierung der Bildung duldet und sogar unterstützt, zeigt sich daran, dass kommerzielle Nachhilfeinstitute (auch Studienkreise oder Schülerhilfe genannt) von der Umsatzsteuer befreit sind. Der Staat verzichtet jedes Jahr auf Einnahmen in Millionenhöhe, die für eine bessere Ausstattung des Schulwesens fehlen.

DIE LINKE. lehnt es ab, dass

- Sponsoring die pädagogische Freiheit und die Lehrpläne beeinflusst.
- privatwirtschaftliche Interessen einseitig den schulischen Bildungsauftrag vereinnahmen.
- Produktwerbung und Kommerz zum Alltag in Schulen werden.
- Wissen und Kompetenzen immer mehr daran gemessen werden, inwieweit sie für den Arbeits- und Konsummarkt verwertbar sind.
- Eltern immer stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden, entweder durch Geldleistungen (Klassenkasse, Kopiergelder, Fördervereine), Sachleistungen wie Ausstattung von

Klassenzimmern oder Arbeitsleistungen, z.B. Renovierungen von Klassenräumen oder Teilen der Schulgebäude.

Für DIE LINKE. ist Bildung keine Ware sondern ein Menschenrecht und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir wollen, dass nicht nur Bund und Land, sondern auch die Stadt Bochum ihrem gesetzlich festgelegten Bildungsauftrag nachkommt und wollen unseren Beitrag dazu leisten.

1.4 Jugend

Gleiche Teilhabe, gleiche Lebenschancen und gleiche Förderung: ein Menschenrecht für alle Kinder und Jugendlichen

Die Spaltung unserer Gesellschaft in Arm und Reich überschattet das Leben der Kinder und Jugendlichen in Bochum. Die Zukunftshoffnung schwindet: so leben nur noch in jedem fünften Bochumer Haushalt Kinder, 25 Prozent von ihnen nur mit einem Elternteil, meist ihrer Mutter. Gut 20 Prozent der unter 18-Jährigen beziehen Leistungen nach Hartz-IV; von den unter 3-Jährigen sind es schon fast 30 Prozent, von den 3- bis 6-Jährigen gut ein Viertel und von den ausländischen Kindern sogar gut die Hälfte. Alleinerziehende sind zu 38,3% Hartz-IV-Empfänger, Kinderreiche zu 32,2%.

Vor allem wegen der Armut ihrer Familien wachsen immer mehr Kinder schon in den ersten prägenden Lebensjahren mit gravierenden Entwicklungsverzögerungen im Vorfeld der Kindeswohlgefährdung auf. Hungerige, fehlerernährte, frierende, nicht witterungsgerecht und entsprechend ihrer Körpergröße gekleidete Kinder sind in den Tagesstätten keine Seltenheit; sie kommen, auch wenn sie krank sind, mit mangelhafter Körperpflege und schlechter Zahngesundheit, bei Vorsorgeuntersuchungen fehlen sie. Konzentrationsstörungen, eingeschränkter Wortschatz und unterentwickelte Feinmotorik behindern viele Vorschulkinder ebenso wie mangelnde Vertrautheit mit den Grundregeln des täglichen Miteinanders im Gruppenalltag. Die Passivität resignierender Eltern erschwert ihren Zugang zu therapeutischen Hilfen, aber auch zu kulturellen und Freizeitangeboten außerhalb der Bildungseinrichtungen. Kostenpflichtige Angebote, Ausflüge oder Freizeiten sind ihnen häufig verschlossen. Die Not der frühen Jahre setzt sich in der Schulzeit fort. Private Initiativen und Fördervereine versuchen, die Flucht des Sozial- und Kulturstaats aus seiner primären Verantwortung abzumildern.

Auch die Übergangsquoten zu den weiterführenden Schulen und die Ausbildungschancen auf dem Arbeitsmarkt spiegeln die Armutsspaltung wider. Ausländische und Migrantenkinder wechseln weit überdurchschnittlich zur Hauptschule und sind danach als Jugendliche und junge Erwachsene sehr viel häufiger arbeitslos und ohne Ausbildungsplatz als ihre Altersgenossen. Ende 2007 waren in Bochum 2.800 junge Menschen unter 25 dauerhaft ohne Arbeit oder Ausbildungsplatz. Die Hoffnungslosen reagieren mit wachsender Schulmüdigkeit und -verweigerung, nicht selten verbunden mit der Flucht in Drogen und

Jugendkriminalität, die ihre Chancen weiter schmälern. Werden solche Entwicklungen im Anfangsstadium übersehen oder nicht ernst genug genommen, sind die Betroffenen später nur noch sehr schwer für Hilfen zu erreichen.

Für die LINKE. in Bochum gilt: Kinder und Jugendliche haben ein Menschenrecht auf gleiche Teilhabe, gleiche Lebenschancen und gleiche Förderung. Gegen die neoliberale Aufspaltung unserer Gesellschaft ist Kinder- und Jugendpolitik deshalb für uns vor allem Hilfe und Ausgleich für die Benachteiligten. Sie darf nicht am Diktat leerer Kassen scheitern. Wer Leistungen für Kinder und Jugendliche kürzt und Bildungs-, Förderungs- und Freizeitangebote für sie vom Geldbeutel ihrer Eltern abhängig macht, verbaut nicht nur ihre Zukunft, sondern gefährdet die Zukunft unserer Gesellschaft insgesamt. Die LINKE. wird sich entschieden dafür einsetzen, die positive Grundstruktur der Kinder- und Jugendpolitik in Bochum weiter auszubauen. Dies hat für uns im Gesamthaushalt der Stadt herausragende Priorität. Kinder- und Jugendhilfe darf nicht kommunalen Leuchtturmprojekten für Wenige zum Opfer fallen.

Der Jugendhilfeplan der Stadt bietet dafür eine ausbaufähige Grundlage.

Für die Linke. in Bochum sind deshalb die folgenden Aufgaben, Ziele und Projekte vordringlich:

- Alle Bildungseinrichtungen, Kindergärten, Tagesstätten und Schulen müssen mit der städtischen Kinder und Jugendhilfe sozialraum- und stadtteilorientiert in Netzwerken feste Formen regelmäßiger Zusammenarbeit (Sozialkonferenz) ausbauen. So können Hilfen im Einzelfall möglichst schnell eingeleitet und koordiniert werden. Zum anderen sind Modelle allgemeiner Förderung in den Ganztagsangeboten der einzelnen Bildungseinrichtungen integrativ zu entwickeln, auszubauen und strukturell zu verzahnen auch unter Einbeziehung der Aktivitäten der Kinder- und Jugendfreizeithäuser und der Vereine.
- Schulen und Jugendamt müssen Konzepte der Schulsozialarbeit entwickeln, Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung müssen integriert werden.
- Größte Priorität hat die Frühförderung benachteiligter Kinder im Vorschulalter. Es darf keine Wartezeiten für hilfebedürftige Kinder in Kindertagesstätten und Therapieeinrichtungen geben. Das Kindertagesstättenangebot für unter 3-Jährige ist auszubauen; es liegt in Bochum erst bei 9,2%. Anzustreben ist eine Betreuungsquote von 35%, nicht nur im Interesse der besonders hilfebedürftigen Kinder, sondern auch zur Unterstützung erwerbstätiger Mütter und Väter. Jugendamt, Gesundheitsamt, Kindergärten und Grundschulen entwickeln gemeinsame Konzepte kompensatorischer Förderung und Sprachförderung im Vorschulalter. Die Bildungsarbeit in allen Vorschuleinrichtungen ist von pädagogischem Fachpersonal zu leisten. Vorschulbildung muss wie Bildung insgesamt als gesamtgesellschaftliche Aufgabe kostenfrei werden.

- Schulen und Jugendamt sollen in ständigem Kontakt auf die Gefahren schulischen Scheiterns durch Schulmüdigkeit und Schulverweigerung konsequent und so schnell wie möglich reagieren. Dabei hat Hilfe den Vorrang vor repressiven Maßnahmen. Deshalb sind Angebote in den Schulen (BUS-, Projektklassen) ebenso weiter zu entwickeln wie außerschulische Projekte (NEU-START).
- Gegen die nach wie vor dramatische Jugendarbeitslosigkeit fordern wir nachdrücklich die Erhebung einer Ausbildungsabgabe für Unternehmen, die sich dieser gesellschaftlichen Pflicht entziehen. Stadt, Wirtschaft und Handwerk sind aufgerufen, in einem Bündnis für Ausbildung den 2.800 arbeitslosen jungen Menschen den Weg in eine berufliche Zukunft zu eröffnen. Die Einrichtung von Ausbildungsverbänden kann dabei eine wichtige Hilfe sein. Die Stadt Bochum, ihre Wirtschaftsunternehmen und Eigenbetriebe müssen mehr ausbilden als bisher und dabei auch für diejenigen Ausbildungsplätze anbieten, die – wie etwa Migrantenkinder – es besonders schwer haben, einen Ausbildungsplatz zu finden. Knapp 240 Auszubildende der Stadtverwaltung bei rund 4.400 Beschäftigten (nur ca. 5%) sind viel zu wenig. Die Ausbildungsquote ist deutlich auf 8 % zu erhöhen.
- Die wachsende Hilfebedürftigkeit benachteiligter Kinder, die unerlässliche Pflicht des genauen Hinschauens und konsequenten Helfens, aber auch der weitere Aufbau vernetzter Strukturen einer ambitionierten Kinder- und Jugendhilfepolitik erfordern die weitere Aufstockung des Personals im Sozialen Dienst des Jugendamtes.
- Antigewaltarbeit an Schulen und Jugendeinrichtungen; z.B. Projekt „Schule ohne Homophobie“
- Die pluralistische und gleichberechtigte Zusammenarbeit öffentlicher Jugendhilfe mit freien Trägern hat sich bewährt. Sie wird um so wichtiger, je vielfältiger und anspruchsvoller die Aufgaben werden. Langfristige Förderung von freien Trägern mit mehrjährigen Leistungsverträgen sichern die notwendig kontinuierliche Arbeit.
- Ein flächendeckendes Angebot von Kinder- und Jugendfreizeithäusern in Bochum darf auch in Zeiten kommunaler Sparpolitik weder in der Personal- noch Sachausstattung eingeschränkt werden. Kinder und Jugendliche brauchen wohnortnahe Freiflächen, Spiel- und Sportplätze für Freizeitaktivitäten auch außerhalb von Vereinsstrukturen. Solche Angebote haben in letzter Zeit unter den Sparzwängen des städtischen Haushalts besonders gelitten. Sie müssen wieder ein Schwerpunkt der Kinder- und Jugendpolitik werden. Die Öffnung der Schulhöfe als Spielräume kann dabei helfen.
- Kultur – eigene Betätigung wie die Teilhabe am kulturellen Leben – gehört zum Leben von Kindern und Jugendlichen. Eigene kulturelle Jugendinitiativen sind besonders zu fördern. Kulturelle Teilhabe darf

nicht vom Einkommen der Eltern abhängen, für arme Kinder muss sie einschließlich notwendiger Fahrtkosten kostenlos sein. Die kulturellen Einrichtungen der Stadt sind aufgerufen, Jugend-kulturprojekte zu entwickeln und auszubauen und insbesondere die Kinder und Jugendlichen dafür zu begeistern, die ihnen traditionell bisher noch fern stehen. Das Projekt „Jedem Kind ein Instrument“ ist dafür ein gutes Beispiel: für arme Kinder darf es nach dem ersten kostenfreien Jahr nicht daran scheitern, dass ihre Eltern Beiträge nicht bezahlen können.

- Zur Finanzierung zusätzlicher Angebote des Schullebens (z.B. Klassenfahrten, Ausflüge, Theaterfahrten, Freizeiten) sind den Schulen in ihrem Etat für arme Schülerinnen und Schüler ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Teilnahme bedürftiger Kinder darf nicht von privater Mildtätigkeit Einzelner oder der Finanzkraft von Fördervereinen abhängen.
- Kinder und Jugendliche sollen mitbestimmen, was ihre Bedürfnisse und Wünsche sind. Wir setzen uns deshalb in Bochum für verschiedene, auf den jeweiligen Entwicklungsstand abgestimmte Teilnehmungsformen ein, wie Kinder- und Jugendforen, Runde Tische, Kinder- und Jugendparlamente und die jeweils projektorientierte Einbeziehung in Planungsprozesse. Die Vertretungen der Schülerinnen und Schüler müssen gestärkt, ihr Recht auf freie Meinungsäußerung durch verbesserten Zugang zu den öffentlich-rechtlichen Medien und die gezielte Förderung von Kinder- und Jugendmedien erweitert werden. Die Arbeit des Stadtjugendringes und der Jugendverbände als Betätigungsfeld für Eigeninitiative, Selbständigkeit und demokratischen Willensbildung ist nachhaltig zu fördern. Demokratische Jugendkultur wehrt sich entschieden gegen alle neonazistischen Versuche, die jungen Menschen in unserer gespaltenen Gesellschaft ausgrenzend und rassistisch gegeneinander aufzuhetzen. Versuchungen rechtsextremer Alltagskultur, rechtes Lifestyle haben in Bochum keine Chance gegen das solidarische, demokratische, weltoffene antirassistische und antifaschistische Lebensgefühl der jungen Menschen in Bochum, das für unsere Kinder- und Jugendpolitik Ziel und Orientierung bedeutet.
- Ausbau eines offenen Jugendtreffs für schwule und lesbische Jugendliche mit täglichen Öffnungszeiten

1.5 Frauenpolitik

Frauen stellen über 50% der Bevölkerung. Trotzdem haben sie lange noch nicht die gleichen Chancen auf gesellschaftliche und finanzielle Teilhabe wie Männer. Im Schnitt verdienen Frauen über 20% weniger als Männer. Frauen leisten deutlich mehr unbezahlte Arbeit als Männer, sei es im Haushalt, bei der Kinderbetreuung, bei der Pflege älterer Menschen oder sei es bürgerschaftliches

Engagement. Frauen werden weiter auf ihren Körper reduziert. Frauen, die Frauen lieben, werden diskriminiert. Frauen sind nach wie vor massiv von Gewalt bedroht und betroffen. Migrantinnen werden in Folter, Krieg und Zwangsheirat abgeschoben.

Vielfalt der Lebensweise

Frauenpolitik betrifft für DIE LINKE. alle politischen Bereiche. Öffentliche Leistungen werden von Frauen und Männern unterschiedlich in Anspruch genommen, und auch die Anforderungen an kommunale Angebote unterscheiden sich häufig zwischen den Geschlechtern. Bei der Stadtplanung ist auf frauenspezifische Bedürfnisse genauso zu achten wie bei der gesundheitlichen Versorgung oder dem Öffentlichen Personen-Nahverkehr. Gleichzeitig hält DIE LINKE spezielle Beratungs- und Unterstützungsangebote zum Ausgleich bestehender Nachteile für dringend erforderlich. Dabei ist es unerlässlich, die unterschiedlichen Lebensbedingungen von Frauen zu beachten. Frauen sind nicht alle gleich: Sie sind jung/alt, Lesben/Heterosexuelle, Musliminnen/Christinnen, Ehefrauen/Singles, (allein erziehende) Mütter/Kinderlose, sie haben die unterschiedlichste Herkunft, Bildung und finanzielle Möglichkeiten. So vielfältig die Lebenswirklichkeit von Frauen ist, so vielschichtig muss Frauenpolitik sein.

Knappe Kassen

DIE LINKE. sagt: es ist genug Geld da, auch in Bochum. Immer wieder hat DIE LINKE. im Rat Vorschläge zur sinnvollen Ausgabenreduzierung und zur Einnahmenerhöhung unterbreitet. Die knappen öffentlichen Kassen dienen trotzdem als Begründung, um Maßnahmen für Frauen zusammen zu streichen, die Zuschüsse für ihre Einrichtungen nicht im erforderlichen Maße zu gewähren oder zu kürzen. Dabei spielt die schwarz-gelbe Landesregierung eine besonders unrühmliche Rolle.

Vorbild Stadt Bochum?

Obwohl wir eine Ober- und vier ehrenamtliche Bürgermeisterinnen haben, sieht es mit Gleichberechtigung bei der Stadt Bochum nicht gut aus. Je höher die Position, desto geringer der Frauenanteil. Für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist zwar einiges getan worden, aber diese Angebote werden vor allem von Frauen wahrgenommen. Teilzeitarbeit ist auch hier Frauenarbeit.

Auch in den politischen Entscheidungsprozessen könnte das Mitspracherecht der Frauen ausgeweitet werden. Der Bochumer Frauenbeirat hat nur beratende Funktion und damit wenig politisches Gewicht. Ein Frauenausschuss hingegen hätte eigene Entscheidungsbefugnisse. Vor allem in Haushaltsfragen könnte das sehr von Vorteil sein.

Arbeit und Armut

Frauen verdienen im Durchschnitt wesentlich weniger als Männer. Typisch für Frauenerwerbsarbeit sind Minijobs und Niedriglöhne. Die Durchsetzung eines gesetzlichen Mindestlohns ist daher für Frauen eine wichtige Voraussetzung,

um eine finanzielle Abhängigkeit vom Partner/der Partnerin oder der öffentlichen Hand zu verhindern. Die schlechte Einkommenssituation von Frauen schlägt sich auch auf die Altersversorgung nieder. Ein niedriges Einkommen programmiert eine niedrige Rente und damit Altersarmut vor. Kinderbetreuung ist häufig noch immer Frauensache. Gleichzeitig ist das Betreuungsangebot insbesondere für Kleinkinder auch in Bochum nicht ausreichend. Vor allem Alleinerziehende haben darunter zu leiden. Wie der aktuelle Sozialbericht zeigt, sind Kinder ein „Armutsrisiko“. Während in Bochum im Schnitt 13,7% der Bevölkerung ALG II oder Sozialgeld beziehen, sind es bei kinderreichen Familien 32,3% und bei Alleinerziehenden sogar 38,3%.

Mobilität

Frauen steht - auch durch ihre Einkommenssituation - seltener ein Auto für die persönliche Mobilität zur Verfügung als Männern, von daher sind sie in besonderer Weise vom Angebot des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs (ÖPNV) abhängig. Für die Teilhabe am sozialen, kulturellen und dem Erwerbsleben sind für sie bezahlbare Tickets und gute Taktzeiten eine wichtige Voraussetzung. DIE LINKE. unterstützt die Forderung für ein Bochumer Sozialticket und den Ausbau des ÖPNV.

Die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ist für viele Frauen jedoch auch mit Ängsten besetzt. Gerade in den Abend- und Nachtstunden und an U-Bahn-Haltestellen bestehen Angsträume für Frauen. Erste Schritte wären hellere Beleuchtung, übersichtliche Gestaltung und mehr Präsenz von beratendem Personal.

Unterstützung vor Ort

Wie oben beschrieben sind Frauen weniger mobil als Männer. Ein dezentrales Beratungs- und Bildungsangebot wäre daher wünschenswert. Davon sind wir jedoch in Bochum weit entfernt. Eine der wenigen positiven Ausnahmen bildet hier das Projekt der Aufsuchenden Gesundheitsberatung vom Frauengesundheitszentrum. Die bestehenden Beratungseinrichtungen sind meist im Innenstadtbereich angesiedelt und kämpfen oftmals ums Überleben. So wurde durch Landeskürzungen eine Stelle beim Bochumer Frauenhaus gestrichen und die Regionalstelle Frau und Beruf geschlossen. Während die Kosten und der Beratungsbedarf (z.B. durch die Einführung von Hartz IV) steigen, stagnieren die städtischen Zuschüsse. Häufig arbeiten die Frauen in den Beratungsstellen ehrenamtlich oder unter prekären Arbeitsbedingungen (wenige Stunden pro Woche auf Honorarbasis). Auf Dauer lassen sich Beratungs- und Unterstützungsstrukturen ehrenamtlich nicht aufrechterhalten. Irgendwann ist die Luft raus. So erging es vor einigen Jahren dem Bochumer Notruf für Frauen und Mädchen, der dann seine Arbeit einstellte. Aber auch die Beratungsstellen mit bezahlten Kräften sind meist überlastet und das über Jahre hinweg. Die Beratungsstruktur ist unbedingt zu erhalten und auszubauen. Dabei muss die Situation von Frauen mit Migrationshintergrund besonders berücksichtigt werden. Allein durch fehlende Sprachkenntnisse können sie zum Teil die bestehenden

Angebote nicht nutzen. Zusätzliche Sprachkurse (außerhalb der Einbürgerungsmaßnahmen) und Übersetzungsmöglichkeiten müssen angeboten werden.

Auch das Angebot für Mädchen ist auszuweiten. Mädchen suchen Frauenberatungsstellen wenig auf. Diese sind aus ihrer Sicht Erwachsenenrichtungen. Eine Mädchen-beratungsstelle, die für alle Lebenslagen ansprechbar ist, Freizeitaktivitäten anbietet und als Treffpunkt dient, wäre ein toller Fortschritt für Bochum.

Gewalt gegen Frauen

Laut Studie des Bundesfamilienministeriums von 2004 hat jede 4. Frau in Deutschland in ihrem Leben Gewalt erlebt. Gewalt greift den Körper und die Psyche der Frau / des Mädchens an, mit den Folgen haben sie ein Leben lang zu kämpfen. Gewalt wird in den meisten Fällen von Tätern aus dem persönlichen Umfeld verübt, häusliche Gewalt ist ein weit verbreitetes Problem, das wenig nach außen dringt. Das Bochumer Netzwerk gegen häusliche Gewalt ist ein guter Ansatz, die verschiedenen AkteurInnen miteinander zu vernetzen und mehr Öffentlichkeit herzustellen. Die in diesem Bereich aktiven Beratungsstellen leiden jedoch besonders unter Personalmangel und fehlenden Sachmitteln. Angebote für Mädchen gibt es so gut wie gar nicht. Das muss sich ändern.

DIE LINKE. Bochum tritt ein für:

- Erhalt und Ausbau des Bochumer Frauenhauses, besondere Förderung und den Erhalt von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Frauen und Mädchen
- Förderung von Treffpunkten und Beratungsstellen für Lesben und Schwule
- besondere Maßnahmen zur Unterstützung alleinerziehender Frauen u.a. bei der Wohnungsbeschaffung, Kinderbetreuung und Versorgung im Krankheitsfall
- Ausbau der Kinderbetreuung vor allem bei den unter 3-jährigen
- Motivation männlicher Beschäftigter des höheren Dienstes bis zur Leitungsebene für Teilzeitregelungen
- Umsetzung des Frauenförderplans der Stadt Bochum und Ausweitung auf die städtischen Gesellschaften
- Ausbau des Beratungs- und des Sprachkursangebots für Migrantinnen, Einführung eines Übersetzungsdienstes
- Verbesserung des ÖPNV, Einführung eines Bochumer Sozialtickets
Abbau von Angsträumen, z.B. in U-Bahnhöfen und Parkhäusern
Ausbau und Unterstützung dezentraler Bildungs- und Beratungsangebote

- Einrichtung eines Frauenausschusses nach Vorbild des Ausschusses für Migration und Integration
- Eine Erweiterung des Arbeitsbereiches Gleichstellung der Stadt Bochum um den Arbeitsbereich „Gleichstellung von homosexuellen Lebensweisen“ mit entsprechender fachlicher Besetzung
- Erhalt und Ausbau der Beratungsstellen für Sexarbeiterinnen, insbesondere in Hinblick auf Sexarbeiterinnen mit Migrationshintergrund und ihrem speziellen Bedarf an Aufklärung über Bedingungen und Gepflogenheiten in der Prostitution, über Gesundheitsschutz und Gewaltprävention, sowie ausländerrechtliche Fragen.

1.6 Seniorinnen und Senioren

Für ein selbstbestimmtes Alter in Würde

Auch in Bochum nimmt die Zahl älterer Menschen deutlich zu. Inzwischen ist mehr als ein Viertel der Bochumer Bevölkerung älter als 60 Jahre. Ziel einer aktiven kommunalen Seniorenpolitik muss sein, die volle Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben in Bochum zu gewährleisten. DIE LINKE. wendet sich gegen alle Versuche, unter dem Schlagwort der "Generationsgerechtigkeit" Alte und Junge gegeneinander auszuspielen. Die meisten Älteren sind aktiver Teil der städtischen Gemeinschaft. Sie nehmen teil und wirken mit. Viele von ihnen wollen dauerhaft, auch im Alter, selbstständig in ihren bisherigen Wohnungen leben und an den gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Aktivitäten in der Stadt teilnehmen. Das unterstützen wir.

Oberstes Ziel kommunaler Politik muss es sein, auch älteren Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen. Die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und sportlichen Leben dieser Stadt muss gewährleistet werden. In Verkehrs- und Bauplanung ist auf ihre besonderen Bedürfnisse einzugehen. Dabei sollen die älteren Menschen unmittelbar mitentscheiden. Der erste Schritt, um die Teilhabe von Seniorinnen und Senioren zu verbessern und gleichzeitig die Einbringung ihrer Anliegen in die kommunale Politik zu gewährleisten, ist die Stärkung des Seniorenbeirates. Wir wollen den Seniorenbeirat mit umfassenden Beratungsmöglichkeiten und der Entscheidung über einen festen Katalog an Fördermaßnahmen für Seniorinnen und Senioren sowie ein eigenes Budget ausstatten. Die Mitglieder des Seniorenbeirates sollen in direkter Wahl von den Bochumer Bürgerinnen und Bürgern, die über 60 Jahre alt sind, gewählt werden.

Seniorinnen und Senioren sollen die Möglichkeit haben, weiter in ihrem Stadtteil zu wohnen und sich sicher und ohne Barrieren in der Stadt zu bewegen. Die kommunale Wohnungsbaupolitik steht vor der Herausforderung, einen geeigneten Senioren gerechten Wohnraum zu schaffen. Hier ist insbesondere die VBW gefordert. Dabei sind neue Wohnformen, wie z. B. Seniorenwohn- und

Hausgemeinschaften, integrierte Wohnanlagen und Mehrgenerationenwohnungen, sowie eine Vernetzung mit bei Bedarf abrufbaren Hilfesystemen (weiter) zu entwickeln. Hierdurch wird die Selbstständigkeit älterer Menschen erhalten und gestärkt.

Im Alter bekommt der Wunsch nach Mobilität eine neue Dimension. Die Fortbewegung mit Bus und Bahn, zu Fuß oder mit dem Rad nimmt eine immer größere Rolle ein. Wir wollen die Verkehrssicherheit für ältere Menschen durch angemessene Fuß- und Radwege, Querungshilfen und einen sicher fließenden Verkehr erhöhen. Wohnstraßen sollen vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Bei der Weiterentwicklung des Konzeptes für Busse und Bahnen müssen die Belange der älteren Menschen stärker berücksichtigt werden. Ob es um die Vernetzung der verschiedenen Strecken geht, mit den jeweiligen Umsteigezeiten, um Ruhebänke oder schlicht und einfach den Zugang zu Bussen und Bahnhöfen – die Planung muss den berechtigten Belangen von SeniorInnen entsprechen. Fahrplaninformationen müssen einfacher verständlich werden als bisher.

Die Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren müssen sich auch in der Stadtplanung niederschlagen. Von der Nahversorgung mit Lebensmitteln und Dienstleistungen über wohnortnahe Grünflächen zum Spazieren gehen bis hin zu erhöhten Ansprüchen an Sicherheit im öffentlichen Raum ist eine Verbesserung der Situation vor allem in den dicht bebauten Wohnquartieren dringend notwendig.

Ältere Menschen sind in hohem Maße an Bildungs- und Weiterbildungsangeboten interessiert. Der Programmsatz vom „lebenslangen Lernen“ wird auch in dieser Lebensphase Realität. Die Teilhabe an der modernen Wissensgesellschaft darf nicht auf junge in der Ausbildung oder im Beruf stehende Menschen beschränkt bleiben. Die Volkshochschule soll deshalb stärker als bisher den (Erst-)Zugang und das Erlernen der Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien (Internet) für ältere Menschen ermöglichen.

Die demografische Entwicklung bedingt auch, dass es nicht nur mehr Aktivjunge, sondern auch mehr gebrechliche und pflegebedürftige ältere Menschen gibt. Auch erhöhte Pflegebedürftigkeit darf nicht den Ausschluss vom gesellschaftlichen Leben bedeuten. Kommunale Wohnungspolitik muss auch die Voraussetzungen für häusliche Pflegemöglichkeit schaffen. Wenn Menschen alters- oder krankheitsbedingt dennoch nicht häuslich gepflegt werden können oder wollen, müssen kleine kommunale Wohneinheiten geschaffen werden. Ein Wechsel der Wohnform (eigene Wohnung, Wohngruppen, Heimunterbringung) muss jederzeit selbstbestimmt möglich sein.

Der Neubau der städtischen Alten- und Pflegeheime ist ein wichtiger Schritt zur Gewährleistung eines zeitgemäßen, qualitativ hochwertigen Angebots in öffentlicher Trägerschaft. Bei der Neugestaltung der Alten- und Pflegeheime ist besonders zu berücksichtigen, dass der Anteil von Pflegebedürftigen nichtdeutscher Herkunft ständig wächst. Sprachbarrieren müssen beseitigt werden, in kommu-

nenal Senioreneinrichtungen ist auf die spezifischen Lebens- und Essgewohnheiten von Menschen mit Migrationshintergrund einzugehen.

DIE LINKE. tritt ein für:

- Verbleib älterer Menschen in ihrem gewohnten Wohnumfeld
- Begegnungs- und Versorgungsangebote in erreichbarer Nähe
- bedarfsgerechten Bau und Ausbau sozialer Wohnformen, die ein altersgerechtes und selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen, insbesondere durch die VBW
- Förderung von Wohnprojekten, in denen Alt und Jung zusammen wohnen können
- Förderung der Mobilität der Seniorinnen und Senioren durch den ÖPNV
- Stärkung der Mitwirkung älterer Menschen durch Aufwertung des Seniorenbeirats
- Verbesserung der Hilfe für pflegende Angehörige
- qualitativ hochwertige Pflegeangebote in öffentlicher Trägerschaft
- Weiterentwicklung des Bochumer Netzwerkes Palliativmedizin und des Hospizangebotes
- Die Schaffung von angemessenen, diskriminierungsfreien Seniorenbegegnungsstätten und Wohnprojekten für Schwule und Lesben.

1.7 Enthinderung

Für gleichberechtigte Teilhabe behinderter Menschen – gegen Ausgrenzung!

Noch immer werden Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft ausgegrenzt: laut Grundgesetz darf niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Zwar wurde vieles in den letzten Jahren geändert, jedoch ist das grundgesetzlich verbrieftete Recht auch in Bochum noch immer nicht konsequent umgesetzt. Für DIE LINKE. Bochum ist Behindertenpolitik ein Querschnittsthema, das in alle Politikfelder einfließt. Unser Ziel ist es, Menschen mit Behinderungen, ob jung oder alt, eine unabhängige Lebensführung und die volle Teilnahme an allen Aspekten des Lebens in unserer Kommune zu ermöglichen.

DIE LINKE. Bochum tritt ein für:

- die Umsetzung der UN-Konvention „Für die Rechte behinderter Menschen“ auf kommunaler Ebene
- die Aufhebung von Gesetzen, Verordnungen und Gepflogenheiten, die eine Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen beinhalten

- wirksame und geeignete Maßnahmen, um auf allen Ebenen der Gesellschaft, einschließlich der Familie, das Bewusstsein für Menschen mit Behinderungen zu erhöhen und die Achtung ihrer Rechte und ihrer Würde zu fördern;
- den Bau integrativer Mehrgenerationenhäuser in urbaner Lage, statt Bau neuer Heime, die behinderte oder alte Menschen isolieren
- integrative Kindergärten und Schulen, damit behinderte und nicht behinderte Kinder frühzeitig und ohne Vorbehalte mit- und voneinander lernen können
- eine Verbesserung und Ausbau der Frühförderung behinderter Kleinkinder und den Ausbau von Spielplätzen mit behindertengerechten Spielgeräten;
- die alten- und behindertengerechte Architektur aller Neubauten und den schrittweisen barrierefreien Umbau alten Baubestands und sie in den Bebauungsplänen festzuschreiben
- die Beseitigung von Zwangshindernissen in privaten und öffentlichen Gebäuden und auf Straßen.
- Barrierefreiheit von Informations-, Kommunikations- und anderer Dienste, einschließlich elektronischer Dienste und Notdienste
- gesicherte Unterstützung und persönliche Assistenz für Menschen mit Behinderung auf öffentlichen Veranstaltungen;
- Qualifizierungsmöglichkeiten der kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um eine bestmögliche Hilfestellung für Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten und
- dass Verwaltungsvorgänge für Menschen mit Behinderungen nachvollziehbar sind
- Fördermaßnahmen zur Eingliederung oder Wiedereingliederung behinderter Menschen ins Berufsleben, Betreuung und Unterstützung bei der Arbeitssuche
- die Vorbereitung behinderter Menschen auf reguläre Beschäftigungsverhältnisse. Die Werkstätten für behinderte Menschen müssen ihr Augenmerk darauf richten. DIE LINKE. Bochum will verhindern, dass diese Menschen auf Dauer als billige Arbeitskräfte an die Werkstätten gebunden werden.

2. Wirtschaft

2.1 Arbeit und Wirtschaft

„Gute Arbeit“ fördern – in der und durch die Stadt Bochum

Kommunen sind in mehrfacher Hinsicht wichtige Wirtschaftsakteure. Trotz der drastischen Umverteilung finanzieller Mittel von unten nach oben tragen die Städte nach wie vor den Großteil der öffentlichen Investitionen. Sie investieren fast vier Mal so viel wie der Bund fast drei Mal so viel wie die Bundesländer. Gleichzeitig sind die Stadt Bochum und ihre kommunalen Betriebe große Arbeitgeber, die eine wichtige Rolle auf dem Arbeitsmarkt spielen. Schließlich hat die Stadt wichtige Funktionen im Bereich der Wirtschaftsförderung, sei es bei der Ansiedlung von Unternehmen, der Bereitstellung von Grundstücken und Infrastruktur oder bei der „Bestandspflege“.

DIE LINKE. will diese Funktionen erhalten und ausbauen. Die drastischen Einschränkungen für die Kommunalwirtschaft, die die Schwarz-Gelbe Mehrheit im Landtag unter der Losung „Privat geht vor Staat“ mit der Verschärfung des Wirtschaftsverbotes in

§ 107 Gemeindeordnung beschlossen hat, lehnt sie ab. Sie ist für eine Verbesserung der Qualität und der demokratischen Kontrolle der Kommunalen Wirtschaft. Die Kommunen müssen sowohl gegenüber „ihren“ Beschäftigten als auch bei der Auftragsvergabe und im Bereich der Wirtschaftsförderung vorbildlich operieren. Dazu gehört, dass sie menschenwürdige, existenzsichernde „gute“ Arbeit fördern statt Mini-Jobs, Niedriglöhne und Leiharbeit.

Trotz hoher Profitsteigerungen gerade bei den großen Konzernen und Banken ist die Hochkonjunktur der letzten Jahre an den meisten Menschen vorbeigegangen. Die Folgen der Strukturkrisen in Nordrhein-Westfalen sind noch lange nicht überwunden. Die Deindustrialisierung hinterließ in den Landkreisen und Städten des Ruhrgebiets nicht nur viele Brachflächen, sondern ein großes Potential an qualifizierten Menschen. Die Ausweitung des Dienstleistungssektors hat die Probleme nicht gelöst. Der wirksamste Weg aus Armut und Ausgrenzung ist es, den Menschen Möglichkeiten für sinnvolle menschenwürdige Tätigkeiten ohne Zwang anzubieten, von denen sie leben können. Der erste Arbeitsmarkt allein wird diese Aufgabe nicht bewältigen, die Hartz-Gesetze sind dazu völlig ungeeignet. DIE LINKE. lehnt Ein-Euro-Jobs als Mittel der Arbeitsmarktpolitik ab. Neben dem Ausbau des gemeinwirtschaftlichen Sektors brauchen wir mehr öffentlich geförderte, sinnvolle gemeinnützige Beschäftigung. Der Ausbau von Arbeitsgelegenheiten mit Entgelt mit einer Laufzeit von über 12 Monaten, in denen die Beschäftigten tariflich bezahlt werden, kann dazu beitragen. Während am gewinnorientierten Markt öffentliche Subventionen die Unternehmensprofite steigern, ohne Marktschwankungen und Rationalisierungsdruck außer Kraft zu setzen, können gemeinnützige Tätigkeiten der solidarischen Selbsthilfe mit öffentlichen Mitteln nachhaltig gesichert werden.

Das können gerade die Kommunen. Bei sozialen Diensten, in der Bildung, Gesundheit und Pflege, im Öffentlichen Nahverkehr, Wohnungsbau, in der Kulturarbeit und beim Umweltschutz fehlt es an allen Ecken und Enden. DIE LINKE. ist für einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Dazu gehört der Ausbau eines insbesondere kommunal getragenen Öffentlichen Beschäftigungssektors.

Deshalb fordert die LINKE:

- Wir wollen eine Stärkung des Öffentlichen Dienstes. Der Personalabbau in der Bochumer Verwaltung durch die Personalkostenbudgetierung ist zu stoppen. Rationalisierungsmaßnahmen unter dem Druck von Entlassungen lehnen wir ebenso ab wie die Ausgliederung von Teilen der Verwaltung oder städtischer Betriebe zur Tariffucht in Billiglohn-Gesellschaften.
- Zur Verbesserung der Qualität der Dienstleistungen des Öffentlichen Dienstes und der verwaltungsinternen Abläufe, gegen bürokratische Verkrustungen setzen wir auf beteiligungsorientierte Konzepte, die sowohl die Nutzerinnen und Nutzer als auch die Beschäftigten einbeziehen.
- Die Wirtschaftsförderung darf sich nicht an den Profit-Interessen einzelner Unternehmen orientieren, sondern am allgemeinen Entwicklungsinteresse der Stadt. Sie ist für uns vor allem die Förderung von nachhaltiger, sinnvoller und existenzsichernder Beschäftigung – von guter Arbeit. Deshalb soll die Wirtschaftsförderung als Teil der Bochumer Verwaltung erhalten bleiben. Eine Auslagerung lehnen wir entschieden ab.
- Die Rolle der Stadtverwaltung als wirtschaftspolitischer Akteur und Moderator vor Ort muss gestärkt werden. Branchenkonferenzen, Runde Tische aller wirtschaftlichen Akteure können wichtige Voraussetzungen für die Bewältigung von Beschäftigungsproblemen und Strukturkrisen sein.
- Die Wirtschaftsförderung muss auch die Stadtentwicklung zu ihrer Aufgabe machen und die Probleme von besonders benachteiligten Stadtteilen berücksichtigen. Hier gilt es, Konzepte „lokaler Ökonomie“ zu fördern und an Bundes- und Landesprogramme wie „Soziale Stadt“ anzuknüpfen. Wir sind für die Förderung von Genossenschaften.
- Wir sind dafür, Fördermaßnahmen für bestimmte Unternehmen – sowohl Zuschüsse als auch Maßnahmen der Infrastruktur – an harte, bei Verstoß einklagbare Auflagen zur Beschäftigung zu binden. Die Erfahrungen mit Nokia in Bochum machen diese Forderung besonders dringlich. Für kleine und mittlere Betriebe müssen die Fördermöglichkeiten transparent und überschaubar gemacht werden.

- Die Kommunale Wirtschaftsförderung darf nicht auf die Konkurrenz der Kommunen um den besten Standort und den niedrigsten Gewerbesteuerersatz für die Ansiedlung von Investoren zielen. Wir sind für die regionale Zusammenarbeit von Landkreisen und Kommunen zur Entwicklung regionaler Wirtschaftsstrukturen, für Kooperation und Zusammenarbeit über Stadtgrenzen hinweg.
- Die Vergabe öffentlicher Aufträge darf sich nicht nach dem Prinzip „Der Billigste erhält den Zuschlag“ richten. Sie muss vielmehr an Regeln gegen Lohndumping und gegebenenfalls Auflagen wie z.B. eine bestimmte Ausbildungsquote gebunden werden. Die Regelungen des von schwarz-gelb abgeschafften Tariftreuegesetzes des Landes NRW müssen durch Landes- oder wegen der restriktiven Rechtsprechung der EU durch Bundesgesetz wieder hergestellt und angewendet werden. Solange dies nicht der Fall ist, sind wir dafür, dass die Kommunen alle nach dem Vergabegesetz vorhandenen Möglichkeiten einer qualifizierten Auftragsvergabe nutzen, z.B. durch entsprechende Ausschreibungen.
- In der Bochumer ARGE muss die Stadt ihren Einfluss für die Entwicklung am örtlichen Bedarf orientierter Schulungs- und Ausbildungsprogramme insbesondere für Langzeitarbeitslose geltend machen. Die Stadt Bochum braucht mehr statt weniger Einfluss auf die örtliche Arbeitsmarktpolitik.
- Wir sind für eine Ausbildungsoffensive der Landkreise und Städte, die sich an der vom DGB geforderten Ausbildungsquote orientiert. Jahr für Jahr brechen Unternehmen ihre eigenen Zusagen, was die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen angeht. Die Stadt Bochum und die kommunalen Unternehmen müssen hier Beispiel sein: Sie müssen deutlich über Bedarf ausbilden.
- Die Sparkasse muss noch stärker im Sinne von Beschäftigungsförderung tätig werden. Sie ist heute oft der einzige Kreditgeber für kleine und mittlere Unternehmen.
- Die Kommunen benötigen ein aus Bundesmitteln finanziertes Zukunftsinvestitionsprogramm

2.2 Öffentliche Unternehmen

Öffentlich, weil's wichtig für alle ist!

Gute und preiswerte Dienstleistungen und Güter von Kommunen und kommunalen Unternehmen werden immer seltener, aufgrund von Globalisierung, europäischer Integration und neoliberalen Wettbewerb. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die Gemeindeordnung geändert und so die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen weiter erschwert. Sie dürfen künftig nur noch bei

einem „dringenden öffentlichen Zweck“ tätig werden und auch nur dann, wenn private Unternehmen diese Aufgabe „nicht mindestens ebenso gut und wirtschaftlich“ erledigen können. Dieses Prinzip lehnen wir entschieden ab. DIE LINKE. setzt sich für eine Rücknahme dieser Gesetzesänderung ein und wird zusammen mit den Gewerkschaften dagegen vorgehen.

Mit der Ideologie „Privat vor Staat“ gefährden CDU und FDP die wirtschaftliche Festigung kommunaler Unternehmen und die Zusammenarbeit dieser Unternehmen in einer Region. Die Landesregierung ist dabei, das gewachsene Gefüge öffentlicher Unternehmen zu zerstören.

Seit Jahren wendet sich DIE LINKE. in Bochum dagegen, dass städtische Unternehmen für Gewinninteressen privatisiert werden. Die städtischen Unternehmen müssen als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge in Bochum gestärkt werden.

DIE LINKE. tritt ein für:

- ein möglichst breites Angebot an Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge in Bochum;
- die Stärkung kommunaler Unternehmen in Bochum, damit sie auf ihren regionalen Markt wirksam Einfluss nehmen können.
- die Stärkung des kommunalen Wohnungsunternehmens VBW. Die VBW soll ihren Bestand an gut erhaltenen Wohnungen ausbauen, und damit Einfluss auf die kommunale Mietpreisbildung nehmen;
- die Stärkung der Stadtwerke durch den Ausbau einer eigenständigen umweltgerechten Energieerzeugung. Eine Kooperation mit anderen Stadtwerken, die einen Einstieg der großen Energiekonzerne RWE, E.On, ENBW oder Vattenfall ermöglicht (z.B. das Projekt UNISONO II mit den Stadtwerken Dortmund), lehnt die LINKE ab.
- den Erhalt und die Verbesserung des Angebots der BOGESTRA. Dazu ist der Verlustausgleich mit dem öffentlichen Unternehmen Stadtwerke auf Dauer notwendig.
- Abfallentsorgung als öffentliche Aufgabe. Deshalb strebt DIE LINKE. an, die gesamte Abfallentsorgung einschließlich Verpackungen (gelber Sack) wieder zum USB zu holen.
- den Erhalt und die Stärkung der Sparkasse. Die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten und die Krise bei der Westdeutschen Landesbank dürfen nicht auf den Schultern der kommunalen Sparkasse ausgetragen werden.
- eine Vorbildfunktion von Kommune und städtischen Unternehmen als Arbeitgeber: gute Bezahlung, Qualifizierung und Ausbildung, interkulturelle Kompetenz der Verwaltung, Geschlechtergerechtigkeit und Einhaltung von Ausbildungsquoten;

- Tarifbindung bei allen kommunalen Unternehmen, keine Auslagerung von Leistungen in öffentliche Verantwortung
- eine Vorbildfunktion der öffentlichen Unternehmen bei der Leistungserbringung. Dabei haben die öffentlichen Unternehmen auch eine Sozialfunktion wahrzunehmen. Deshalb setzt sich DIE LINKE. für ein Sozialticket bei der BOGESTRA, ein kostenloses Girokonto bei der Sparkasse und einen Sozialtarif für Strom und Gas bei den Stadtwerken ein.
- die Gewährleistung der Kontrolle städtischer Unternehmen durch Rechnungsprüfungsausschuss und Rechnungsprüfungsamt. Entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden. Die Kommunen ihrerseits müssen städtische Unternehmen effektiv kontrollieren. Dazu müssen der Rat und der zuständige Beteiligungsausschuss regelmäßig über alle wichtigen Angelegenheiten der städtischen Unternehmen informiert werden.
- das Ziel, das Zusammenwirken mit privaten Unternehmen in sogenannten Public Private Partnership Projekten zu verhindern. Während die Privaten die Gewinne machen, sollen Städte und Gemeinden die Risiken tragen. Bestehende Verträge dieser Art, auch langfristige Mietverträge und Ausgliederungen von weiteren Dienstleistungen, sind offen zu legen.

2.3 Finanzen

Kommunalfinanzen verbessern – kommunale Daseinsvorsorge sichern

Die kommunale Finanzausstattung befindet sich in einer strukturellen Schieflage. In den vergangenen Jahren lag der durchschnittliche Anteil der Kommunen am gesamten Steueraufkommen nur noch bei rund 13 Prozent.

Die massive Verschuldung der Kommunen in NRW lag Mitte 2007 bei einem neuen Rekordstand von 13,7 Mrd. Euro. Nicht verwunderlich, dass 197 Kommunen ihren Haushalt mit Haushaltssicherungskonzepten führen und 115 von ihnen sogar mit einem Nothaushalt arbeiten mussten. Das hat verheerende Auswirkungen für den Arbeitsmarkt und die örtliche Wirtschaft.

Allein die Stadt Bochum war 2008 mit ca. 900 Mio. Euro mit Kommunalkrediten und zusätzlich ca. 300 Mio. Euro mit Kassenkrediten verschuldet; zusammengenommen ist das deutlich mehr, als die Stadt im Laufe eines Jahres einnimmt. Für diese Schulden muss die Stadt jedes Jahr ca. 60 Mio. Euro Zinsen zahlen; Geld, was sicher anders besser angelegt wäre. Der Haushalt hat ein Defizit von weit über 100 Mio. Euro; darum musste Bochum auch in den Jahren 2006 und 2007 mit einem Nothaushalt arbeiten. Diese Situation kann die Stadt Bochum in absehbarer Zeit nicht aus eigener Kraft ändern.

Die Situation der Kommunen wurde zudem durch die Landesregierung und die CDU/FDP-Koalition verschärft. Die Rückführung der Nettoneuverschuldung des Landes wurde zu Lasten der Kommunen erreicht. Strukturelle Zuweisungen wurden entzogen und zusätzliche Belastungen aufgebürdet. Das Land hat sich im Zeitraum 2006 - 2008 um fast 2,4 Mrd. Euro saniert. Die CDU/FDP-Landesregierung und die CDU/FDP-Landtagsmehrheit brechen die Landesverfassung und missachten grob das Konnexitätsprinzip. Nach dem Konnexitätsgebot darf das Land den Kommunen neue Aufgaben nur dann zuweisen, wenn die damit einhergehenden Kosten den Kommunen durch das Land erstattet werden. Zwar hat das Land ein Konnexitätsausführungsgesetz, aber dessen Vorgaben werden mit den Gesetzen zur Kommunalisierung der Aufgaben der Versorgungssämter sowie der Aufgaben nach dem Umweltrecht nicht eingehalten. Deutlich wird das bei der Erhöhung der Beteiligung der Kommunen an den Krankenhausinvestitionskosten von 20% auf 40%, der Reduzierung der Erstattungen für die Schülerbeförderung, massiven Kürzungen der Sachmittel für die pädagogische Arbeit sowie der Streichung der Landesmittel zum Ausgleich der Elternbeiträge in den Kindertagesstätten. Der Versuch des Landes, die Kommunen überhöht an den einheitsbedingten Lasten für das Land NRW zu beteiligen, konnte erst vor dem Verfassungsgerichtshof Münster gestoppt werden.

Die Kommunen werden darüber hinaus durch die Unternehmenssteuerreform 2008 zusätzlich belastet. 2008 wird bundesweit mit Steuermindereinnahmen von rund 6,5 Mrd. Euro gerechnet; auszugehen ist jedoch von deutlich höheren Steuer ausfällen. NRW wird 2008 insgesamt mindestens rund 800 Millionen Euro Mindereinnahmen zu verkraften haben. Ab 2012 sollen zwar nach Ansicht des Bundesfinanzministeriums die Gemeinden Mehreinnahmen erzielen können. Im Zeitraum 2008 bis 2011 sind aber bei den Gemeinden wahrscheinlich rund 2 Mrd. Euro Mindereinnahmen kumulativ „aufgelaufen.“ Die konkreten Auswirkungen auf Bochum sind noch nicht vollständig abzusehen. Neben den Unternehmenssteuerausfällen gibt NRW den Kommunen nach Aussagen des Städte- und Gemeindebundes im Jahr 2008 rund 900 Mio. Euro an Steuermehreinnahmen nicht weiter.

Vor Ort in Bochum setzt sich DIE LINKE. für eine Verbesserung der Einnahmesituation der Kommune durch eine angemessene Gewerbe- und Grundsteuer ein. Gleichzeitig wird sich DIE LINKE. weiterhin gegen teure Prestigeprojekte, die den Haushalt auf Dauer über Gebühr belasten (z.B. dem Neubau des Konzerthauses), aussprechen.

DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass Haushaltspolitik nicht nur eine Sache für wenige ExpertInnen ist, sondern zur Angelegenheit aller Bürgerinnen und Bürger wird. Die Einführung eines neuen Rechnungswesens in der Verwaltung (Neues Kommunales Finanzmanagement NKF) sollte dazu genutzt werden, mehr Transparenz über die Einnahmen und Ausgaben der Stadt herzustellen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen leider, dass die Stadtverwaltung daran nicht interessiert ist. Die Einführung des NKF wird so vollzogen, dass selbst dem

Stadtrat wichtige Informationen über Ausgabenentwicklungen vorenthalten werden.

DIE LINKE. setzt sich für die Einführung eines Bürgerhaushaltes ein, weil dadurch die Bürgerinnen und Bürger über die Einnahmen und Ausgaben mitentscheiden können. Dabei legt DIE LINKE. besondere Schwerpunkte darauf, dass in allen Phasen der Haushaltsaufstellung, -durchführung und -kontrolle die aktive Teilnahme der Bevölkerung an den Entscheidungsprozessen gesichert ist, eine umfassende und problemorientierte Information der Bevölkerung über die zur Verfügung stehenden Mittel sowie die eigentlich anstehenden Aufgaben erfolgt, die kommunalpolitisch Verantwortlichen möglichst viele Haushaltstitel zur öffentlichen Debatte stellen und sich die Kommunalvertretungen selbst verpflichten, dem Votum der Bürgerinnen und Bürger zu folgen. Es sollen alle Möglichkeiten für eine breite Teilnahme der Bevölkerung geschaffen werden, wobei auch die Bezirke und die Stadtteilebenen berücksichtigt werden müssen.

DIE LINKE. tritt ein für eine soziale Stadt. Die öffentlichen Angelegenheiten und die öffentliche Daseinsvorsorge dürfen nicht den privaten Renditeinteressen untergeordnet werden.

DIE LINKE. tritt ein für:

- eine grundlegende Änderung des kommunalen Finanzsystems. Ziel muss es sein, in den Kommunen zu einer möglichst gleichen pro Kopf Finanzausstattung zu kommen;
- die Angleichung der Gewerbesteuerhebesätze im Ruhrgebiet mindestens auf 470 Punkte, damit die Konkurrenz um den günstigsten Gewerbesteuersatz beendet wird;
- die Angleichung der Hebesätze für die Grundsteuer auf ein einheitliches Niveau im Ruhrgebiet auf dem Niveau der Bochumer Hebesätze: 250 Punkte für die Grundsteuer A und 495 Punkte für die Grundsteuer B.
- die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer und jeder anderen wirtschaftskraftbezogenen Steuerquelle (Art. 28 Abs. 2 Satz 3 GG). Die Gewerbesteuer muss zu einer Wertschöpfungssteuer entwickelt werden, d.h. ihre Bemessungsbasis soll durch Einbeziehung ertragsunabhängiger Elemente wie Mieten, Pachten, Leasingraten und Lizenzgebühren deutlich verbreitert und damit zugleich deren derzeit hohe Konjunkturabhängigkeit eingeschränkt werden;
- die Ausdehnung der Steuerpflicht auf Freiberufler wie Ärzte, Anwälte, Architekten. Dieser Personenkreis soll die neue Steuerlast aber mit der Einkommensteuer verrechnen können. Gleichzeitig sollen die Möglichkeiten für Verlustvor- und -nachträge bei der Gewerbesteuer zeitlich und der Höhe nach begrenzt werden. Die Gewerbesteuerumlage von den Gemeinden an Bund und Länder wird gänzlich abgeschafft;

- die Neuausrichtung der Grundsteuer unter verstärkter Berücksichtigung ökologischer und stadtentwicklungspolitischer Belange. Dazu werden die längst veralteten Bewertungsgrundlagen (Einheitswerte) durch eine realistische, gleichmäßige Bewertung von Grund- und Immobilienvermögen abgelöst;
- die Neuordnung der Anteile des Bundes, der Länder und insbesondere der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern. Der kommunale Anteil soll nicht mehr überwiegend nach der sehr unterschiedlichen Wirtschaftskraft der Kommunen, sondern nach Einwohnerzahlen verteilt werden. Ziel ist, dass gerade die finanzschwächeren Kommunen stetig und deutlich mehr Geld bekommen. Dazu wird der Anteil der Kommunen an der Umsatzsteuer von derzeit 2,2 auf 20 Prozent erhöht;
- die Wahrung des Konnexitätsausführungsgesetzes bei der Verlagerung von Aufgaben des Landes auf die Kommunen. Aufgaben dürfen nur im Einvernehmen mit den Kommunen übertragen werden. Bei der Beteiligung der Kommunen an den einheitsbedingten Lasten müssen die Vorgaben des Gemeindefinanzreformgesetzes eingehalten werden und die Überzahlungen durch die erhöhte Gewerbesteuerumlage kurzfristig und in einem transparenten Verfahren in vollem Umfang an die Kommunen zurückgezahlt werden;
- die Einschränkung der Rechte der Kommunalaufsicht zum Eingriff in die kommunalen Haushalte. Insbesondere der Konsolidierungszeitraum für nicht ausgeglichene Haushalte muss über die festgeschriebenen 4 Jahre hinaus erweitert werden;
- einen kommunalen Finanzausgleich in den Ländern, damit in angemessener Weise die Aufgaben Defizitfinanzierung, Erhöhung der kommunalen Investitionskraft, Herstellung von Chancengleichheit zwischen den so genannten „Leuchttürmen“ und den benachteiligten Gebieten, Ausgleich ökonomischer und sozialer Strukturprobleme sowie zwischen Stadt und Umland erfüllt werden können;
- mehr Transparenz und bessere Information der Bürgerinnen und Bürger über die aktuelle Haushaltspolitik, auch im Neuen kommunalen Finanzmanagement;
- eine wirkliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Haushaltsaufstellung, -durchführung und -kontrolle durch die schrittweise Einführung eines Bürgerhaushaltes;
- ein Verbot des Einsatzes von Zinsderivaten in der kommunalen Finanzwirtschaft, weil dadurch kaum abzuschätzende Risiken entstehen

3. Demokratie und Solidarität

3.1 Demokratie

Für den Ausbau kommunaler Demokratie!

DIE LINKE. setzt sich für den Ausbau von Entscheidungsbefugnissen und Mitwirkungsmöglichkeiten für Einwohnerinnen und Einwohner ein. Doch dies ist ohne direkte Demokratie, Mitwirkungsmöglichkeiten und Transparenz vor Ort undenkbar.

Die Rechte der Kommunen müssen gegenüber Bund und Land ausgebaut werden.

DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass in allen Kommunen in Nordrhein-Westfalen der Bürgerhaushalt eingeführt wird. In einigen Kommunen ist damit schon begonnen worden. Die Einführung eines Bürgerhaushaltes erstreckt sich über mehrere Jahre und muss vor Ort entwickelt werden.

Sobald wie möglich muss der gesamte Bochumer Haushalt in einem regelmäßigen Beteiligungsverfahren aufgestellt wird. So wird eine direkte Mitwirkung der Bochumerinnen und Bochumer an der Verteilung der städtischen Gelder möglich. Das ist das demokratische Gegenteil zu bloßer Information über eine schlechte Finanzlage oder die reine Abschiebung von Verantwortung. Beim Beteiligungsverfahren muss darauf geachtet werden, dass soziale Minderheiten besonders berücksichtigt und nicht außen vor gelassen werden.

DIE LINKE. geht von dem Grundsatz aus, dass bürgerschaftliches Engagement eine Bereicherung in der Kommunalpolitik darstellt. Ein längerfristiges Ziel ist die deutliche Senkung von Quoren bei Bürgerbeteiligungen auf allen politischen Entscheidungsebenen. Die Kommunalverwaltung muss demokratische Bürgeranträge und Bürgerbegehren unterstützen und nicht behindern. Auch Menschen aus nicht EU-Mitgliedsländern Bürgeranträge stellen und an Bürgerbegehren teilnehmen können.

In den Kommunen ist Politik für die Menschen unmittelbar in ihrem Alltag erfahrbar. Hier wird entschieden, ob ein Kindergarten geschlossen, Bäume gefällt, ein Schwimmbad eröffnet, eine Schule saniert werden soll. Die Kommune bietet am ehesten die Möglichkeit von Teilhabe und Engagement in der Politik. Von daher steht die Kommunalpolitik der LINKEN. auch für die ideelle und finanzielle Unterstützung von Initiativen, Verbänden und anderen Formen bürgerschaftlichen Engagements.

DIE LINKE Bochum tritt ein für:

- Service statt Ablehnung als Markenzeichen der Bochumer Verwaltung im Umgang mit Initiativen, Vereinen und Verbänden;

- Ausbau und Kontrolle der Serviceorientierung gegenüber den Einwohnerinnen und Einwohnern. Dies ist ständige Aufgabe von Verwaltung und Politik .
- die Demokratisierung des Kommunalwahlrechts: die Einführung des kommunalen Wahlrechtes für Migrantinnen und Migranten aus nicht EU-Staaten, die ihren ständigen Wohnsitz in Deutschland haben.
- Stärkung der Rechte der Bezirksvertretungen. Sie müssen über einen Haushalt verfügen, der ihre Handlungsfähigkeit für die Stadtteile sicherstellt;
- Lesbarkeit und Nachvollziehbarkeit von Publikationen und Vorlagen von Verwaltung und Politik für Jedermann und Jedefrau.
- bessere Informationen für alle Einwohnerinnen und Einwohner über ihre Mitgestaltungsmöglichkeiten und Rechte in bezug auf kommunalpolitische Entscheidungen (über Falblätter, Aushänge in Ämtern und die Internetseite der Stadt)
- frühzeitige Information und Einbeziehung der Einwohnerinnen und Einwohner in sie betreffende Entscheidungsprozesse; Bürgerversammlungen zu wichtigen kommunalen Problemen;
- die Bildung von bürgerschaftlichen Nutzer- und Betroffenen-Beiräten auf allen wichtigen kommunalpolitischen Handlungsfeldern und bei städtischen Beteiligungsunternehmen z. B. Fahrgastbeiräte;
- unbürokratische und bürgerfreundliche Fragestunden im Rat der Stadt Bochum;
- Einrichtung einer Ombudsstelle, bei der die Einwohnerinnen und Einwohner ihre Probleme im Umgang mit der Verwaltung anbringen können. Einmal im Jahr soll diese Ombudsstelle einen Bericht veröffentlichen und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge zu Verwaltungshandeln entwickeln.
- Einrichtung eines Beschwerdeausschusses, der sich mit den Problemen der Bochumerinnen und Bochumer befasst, die vorher nicht anderweitig gütlich geregelt werden konnten

3.2 Migration und Integration

Für ein gleichberechtigtes und solidarisches Bochum – Integration in Bochum gestalten!

Eine gelungene Integration kann nur konkret vor Ort aufgebaut werden. Bochum besitzt eine große kulturelle Vielfalt und Tradition, die es zu stärken gilt. Darüber hinaus sind Menschen mit Migrationshintergrund nicht nur die Zukunft für NRW und die Kommune sondern für die Gesellschaft als Ganzes! Deshalb ist es für

DIE LINKE. selbstverständlich, dass man ihnen rechtliche Gleichstellung und gleichberechtigte soziale Partizipationsmöglichkeiten ermöglichen muss. Beste Integrationspolitik ist für DIE LINKE. daher neben Toleranz für alternative Lebensentwürfe die Politik der sozialen Gerechtigkeit. Voraussetzung dafür ist, dass alle Beteiligten gemeinsam an einer umfassenden Integrationspolitik arbeiten und diese mitgestalten. Toleranz und ein respektvolles Verständnis für andere Lebensweisen, sofern diese nicht mit den individuellen Freiheiten im Widerspruch stehen, sind Garantien dafür, um sich auf im Wandel befindliche gesellschaftliche Realitäten einzulassen.

Soziale Ausgrenzungen, die angegangen werden müssen, zählen leider zur sozialen Wirklichkeit vieler Migrantinnen und Migranten und zeigen im Zusammenspiel mit der *autochthonen (eingeborenen) Mehrheitsgesellschaft die Herausforderungen an, der sich eine Kommunalpolitik, die für ein weltoffenes Bochum eintreten will, zu stellen hat.*

Migrantinnen und Migranten sind auch in Bochum benachteiligt. Knapp 30 Prozent der ausländischen Kinder und Jugendlichen gehen auf die Hauptschule, nur gute 5 Prozent auf das Gymnasium. Schon die offizielle Arbeitslosenquote der Bochumer Ausländer liegt bei extrem hohen 35,3 %! Die tatsächliche Zahl liegt noch um einige Prozentpunkte höher! Die soziale Benachteiligung hat auch Auswirkungen auf die räumliche Verteilung der Migrant/innen in Bochum. In den Innenstadtbezirken, in Wattenscheid-Mitte und in Querenburg leben erheblich mehr MigrantInnen als im Gesamtschnitt.

Für die Integration der MigrantInnen auf kommunaler Ebene ist es fatal, dass viele von ihnen nicht das kommunale Wahlrecht besitzen. Im Gegensatz zu den meisten europäischen Ländern gibt es in Deutschland für Nicht-EU-Staatler kein aktives und passives Wahlrecht auf kommunaler Ebene. Eine grundlegende politische Partizipationsmöglichkeit ist diesen Menschen damit genommen.

Wie in vielen anderen Städten auch wird in Bochum unter Einbeziehung unterschiedlichster Parteien und Gruppen ein Integrationskonzept erarbeitet. Es ist sehr zu begrüßen, dass die Integration von MigrantInnen ein größeres politisches Gewicht erhält. Jedoch ist nicht zu übersehen, dass eine große Diskrepanz zwischen der Beschreibung der Problemlage und dem Aufzeigen der möglichen Lösungen existiert. DIE LINKE. wird sich im Rat dafür einsetzen, dass die Integrationspolitik nicht zur reinen Symbolpolitik verkommt. Verbesserungen in Bildung, Arbeit, Gesundheit und anderen Bereichen können nur gelingen, wenn notwendige Ressourcen zur Verfügung gestellt und Strukturveränderungen durchgeführt werden. Dort, wo eine kommunale Integrationspolitik an ihre Grenzen gerät, muss die Stadt Bochum Forderungen an Landes- und Bundespolitik stellen. So gehört das mehrgliedrige Schulsystem abgeschafft und Einbürgerungen erleichtert, um nur zwei wichtige Beispiele zu nennen.

Die LINKE. tritt ein für:

- ein Integrationsverständnis, das soziale Gerechtigkeit und politische Teilhabe zum obersten Ziel hat
- eine Integrationspolitik unter Einbeziehung aller Migrantenorganisationen und des Ausschusses für Migration und Integration
- ein Wahlrecht für alle, die in Deutschland leben. Der erste Schritt dorthin ist die Ausdehnung des Kommunalwahlrechts auch auf Nicht-EU-BürgerInnen, die ihren Lebensmittelpunkt hier haben.
- Stärkung von Migrantenselbstorganisationen, besonders der migrantischen Frauenarbeit
- ein kommunales wohnraumpolitisches Konzept, in dem die Stadt die räumliche Isolierung gezielt verhindert. Die Stadt hat dafür Sorge zu tragen, dass keine sozial-kulturell bedingten Segregationen entstehen.
- öffentlich geförderte interkulturelle Projekte und Ansätze. Das gilt besonders in der Jugendarbeit.
- zusätzliche Förderangebote für Kinder mit Migrationshintergrund in Kindergärten, -tagesstätten und Schulen. Kontinuierliche Förderung antirassistischer Arbeit in Schulen.
- interkulturelle Öffnung und Kompetenzstärkung der Verwaltung.
- die Installation einer Antidiskriminierungsbeauftragten-Stelle in der Verwaltung
- Förderung schulischer Ausbildung und medizinischer Versorgung für Flüchtlinge und Illegalisierte.
- *für alle „Illegalisierten“ wird ein Konzept zur „Legalisierung“ (Erteilen von Aufenthaltsgenehmigungen) erstellt. Es soll zudem bei der Vermittlung von Erwerbsarbeit besondere Hilfestellung geben und der Druck auf andere staatliche Instanzen zur Änderung der gesamten Flüchtlingspolitik verstärkt werden.*
- einen Übersetzungsdienst innerhalb der Stadtverwaltung für Menschen mit Migrationshintergrund
- die Berücksichtigung kultureller Hintergründe von MigrantInnen in Krankenhäusern und Altenpflegeheimen (z.B. Essen, Gebetsräume)
- die interkulturelle Öffnung der „Stützpunkte für Senioren“
- die Berücksichtigung spezieller Beratungsbedarfe von KleinunternehmerInnen mit Migrationshintergrund

3.3 Antifaschismus und Antirassismus

Nie wieder Faschismus - Neonazis haben in Bochum keine Chance

Nie wieder Faschismus! Nach der größten existenziellen und moralischen Katastrophe unseres Landes war und bleibt dies das fundamentale Zukunftsversprechen für eine Rückkehr in die zivilisierte Menschengesellschaft – fortwährend attackiert von geschichtsblinden Wiedergängern der Naziverbrecher, die dieses Vermächtnis stets noch kriminell und verfassungsfeindlich mit Füßen treten. Zur Altherrenriege der NPD und DVU gesellen sich nun kleinbürgerliche Schlippsfascisten und junge Nadelstreifennazis, mancherorts auf dem Sprung zur Salonfähigkeit, dabei weiterhin eng verbunden mit den dumpfbackigen Glatzköpfen gewaltbereiter rechter Kameradschaften. Ihr Bindeglied im frontalen Dauerangriff auf den menschenrechtlichen Kern unserer Verfassung ist rassistischer, antisemitischer, antiislamischer und ausländerfeindlicher Hass, der nicht ohne blutige Folgen bleibt. Seit 1990 fielen in Deutschland mindestens 150 Menschen rechtsextremer Gewalt zum Opfer, vor allem Migranten, aber auch politische Gegner, Obdachlose und Behinderte. Massive Körperverletzungen aus neonazistischer Gesinnung gehören in Teilen unseres Landes zum normalen Alltag. Tausendfach zeigen Wahlplakate der NPD die Vertreibung muslimischer Frauen mit der doppeldeutig zynischen Parole "Gute Heimreise", auch von der Staatsanwaltschaft Bochum als legitime freie Meinungsäußerung bewertet.

Eine Hass- und Hetzzentrale befindet sich in unserer Stadt am Sitz des NPD-Landesverbandes in Wattenscheid. Von hier aus werden immer wieder neofaschistische Demonstrationen organisiert. Der widerlichste davon, der volksverhetzende Aufmarsch gegen den Bau der neuen Bochumer Synagoge, endete für den NPD-Landesvorsitzenden Cremer, Mitglied der Wattenscheider Bezirksvertretung, mit einer Bewährungsstrafe, ein weiterer Mithetzer musste seine Freiheitsstrafe überwiegend verbüßen. Der Versuch des Naziladens Goliat, im Ehrenfeld einen faschistischen Anlaufpunkt zu etablieren, scheiterte an einem breiten demokratischen Bürgerbündnis. Wiederholt versuchen Neonazis auf Schulhöfen mit volksverhetzenden Musik-CDs und zu Gewalt aufrufenden Flugblättern gegen Minderheiten, Homosexuelle und Migranten Stimmung zu machen.

Die Mitte unserer Gesellschaft ist gegen neofaschistische Parolen nicht immun. Rechte "Pro"-Bürgerbewegungen versuchen rechtskonservative, rechtsextreme und neofaschistische Gruppierungen zu bündeln, um gemeinsam in die Rathäuser einzuziehen. "Pro"-NRW hat inzwischen Ableger in vielen Städten. Unter dem Deckmantel, für die Interessen der Bürger einzutreten, entfalten sie eine Fülle von ausgrenzenden rassistischen, ausländerfeindlichen, meist antiislamischen Vorurteilen, häufig verbunden mit massiven Angriffen auf die Religionsfreiheit muslimischer Nachbarn. Ähnlich offenbarten sich in Bochum junge Mitglieder der CDU und der Jungen Union. Auf Internetseiten unter der Obhut des CDU-Ratsmitglieds Dirk Schmidt forderten sie gesunden Nationalstolz und Werteorientierung, was sich nicht mit gesellschaftlichen Entartungserschei-

nungen wie Schwulenehe und Multikulti vereinbaren lasse, bedauerten das Scheitern der NPD bei den Wahlen 1969, in dessen Folge der Ausverkauf der ehemaligen deutschen Ostgebiete durch die Ostpolitik Brandts erst möglich geworden sei, beschimpften die Menschen im Bürgerbündnis gegen den Nazi-Laden im Ehrenfeld als Berufsbetroffene, denen die aufrichtige Empörung ununterbrochen aus allen Poren tropfe, und hatten keine Scheu, einen Hetzbeitrag mit dem Pseudonym des NSDAP-Funktionärs Strasser ins Netz zu nehmen. Bundestagspräsident Norbert Lammert brachte ohne erkennbare Mühe den bemerkenswerten Spagat zustande, sich als Ehrengast über die Eröffnung der Synagoge zu freuen, aber auch als Schirmherr und Redner einer wissenschaftlichen Veranstaltung der Ruhr-Universität in einer Reihe mit dem persönlichen Berater von Gianfranco Fini, dem Parteichef der faschistischen italienischen Alleanza Nazionale, eine rechte Wertediskussion zu führen.

Kompromissloser Kampf gegen alle Erscheinungsformen des Neofaschismus – gemeinsam mit den antifaschistischen Organisationen und Bündnissen in unserer Stadt – gehört zum Kern der politischen Identität der LINKEN in Bochum. Mit gleicher Entschiedenheit treten wir allen Versuchen entgegen, rassistische, antisemitische, antiislamische und ausländerfeindliche Ressentiments aus der Braunzone zwischen Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus heraus in der Mitte der Gesellschaft konsensfähig zu machen.

Die LINKE in Bochum ruft alle demokratischen Parteien auf, sich ohne Wenn und Aber für ein Verbot der NPD und ihrer faschistischen Vorfeldorganisationen einzusetzen. Die Justiz muss neonazistische Straftaten unnachsichtig verfolgen und streng bestrafen.

Die LINKE wird sich in der Stadt und im Rat einsetzen

- für breite Bürgerbündnisse aller Demokraten, wann und wo immer Widerstand gegen Neonazis zur Bürgerpflicht wird,
- für die Förderung antifaschistischer Bildungs- und Kulturarbeit in den Schulen, Jugendgruppen, der Volkshochschule und von anderen städtischen und freien Kulturträgern,
- für die Förderung der Erinnerungsarbeit durch Ausbau und Pflege von antifaschistischen Gedenkstätten, Denkmälern und Stolpersteinen,
- für Aussteigerprogramme für Neonazis und ihre finanzielle Absicherung,
- für die Berücksichtigung antifaschistischer und antimilitaristischer WiderstandskämpferInnen bei der Neu- oder Umbenennung von Straßen, Plätzen und Gebäuden,
- für die Unterstützung der aktiven antifaschistischen Organisationen und Gruppen in unserer Stadt,
- für die Unterstützung von Projekten und Ausstellungen zur Verfolgung in der NS-Zeit,

- für die Schaffung eines Gedenkortes für die homosexuellen Opfern der NS-Zeit.

Gemeinsam mit der übergroßen Mehrheit der Menschen in Bochum werden wir dafür sorgen: Neonazis haben bei uns keine Chance! Wir in Bochum wollen friedlich miteinander leben, Deutsche und Migranten, Mehrheiten und Minderheiten, Weiße und Farbige, Christen, Muslime, Juden, Atheisten, was immer freiheitliche Menschen hier glauben oder nicht. Niemand darf – wie im Weltbild der Neoliberalen und Faschisten – sozialdarwinistisch ausgegrenzt oder zum Sündenbock abgestempelt werden: Die einen tun dies, indem sie höchsten Profit als Maßstab aller menschlichen Dinge vergöttern und die in die Armut Hinausgeworfenen als schwächliche Renditehindernisse verdinglichen. Die anderen, indem sie aus einem Gefühl grotesker rassistisch-völkischer Überlegenheit und leitkultureller Verblendung nach unten treten, wie unsicher und prekär die eigenen Lebensverhältnisse auch sein mögen – unfähig zu einer demokratische Gesellschaft freier und gleicher Menschen und gehorsam bereit, sich den Heils- und Hassbotschaften ihrer Führerkarikaturen unterzuordnen. Dagegen kämpft die LINKE mit der Botschaft der Grund- und Menschenrechte für eine solidarische Gesellschaft freier Menschen, die mit eigener Würde die gleiche Würde der anderen anerkennen und - hilfreichen Schwestern und Brüdern gleich - zum Teilen bereit sind, wenn jemand weniger mitbringt und weniger hat.

3.4 Antimilitarismus und Frieden

Für eine kommunale Friedenspolitik!

Gerade die letzten Jahre belegen: Jagd nach Rohstoffen, z. B. Erdöl und neuen Absatzmärkten erhöhen das Kriegsrisiko. Die NATO und die europäischen Staaten versuchen zunehmend, ihre Interessen mit militärischen Mitteln durchzusetzen. DIE LINKE. ist Teil der Friedensbewegung. Wir sind gegen Bundeswehreinmärsche mit ihren Kosten und Folgekosten und gegen Rüstungsprojekte. Denn sie vergrößern die Finanznot der Kommunen. Als Alternative sehen wir zivile Konfliktvermeidung und -lösung. DIE LINKE. unterstützt alle antimilitärischen Aktivitäten, Organisationen und Gruppen in Bochum.

Der Ausbau der Zusammenarbeit ziviler Institutionen, wie Polizei und Verwaltung mit der Bundeswehr dient dazu, den Einsatz der Armee im Inneren voranzutreiben. Wir fordern die Abschaffung der seit 2006 eingerichteten militärisch-zivilen Zusammenarbeit (ZMZ) der Stadt Bochum mit der Bundeswehr. Wir sehen die Gefahr, dass in sich zuspitzenden sozialen Krisen das Militär gegen die eigenen BürgerInnen eingesetzt werden kann.

Die ARGE ist keine Bundeswehrrückbauagentur! DIE LINKE. lehnt Sozialraub als Rekrutierungshilfe für die Bundeswehr ab.

In Bochum gibt es Rüstungsindustrie. Dies lehnen wir als Friedenspartei ab.

DIE LINKE. tritt ein für:

- die Beendigung der zivilmilitärischen Zusammenarbeit der Stadt Bochum mit der Bundeswehr;
- den Stopp der Werbung für die Bundeswehr im öffentlichen Raum, in kommunalen Einrichtungen, Arbeitsämtern und Schulen. Keine Panzer auf Bochumer Schulhöfen, keine Kampfflugzeuge auf dem Kirmesplatz!
- die Förderung einer konsequenten Friedenserziehung an allen Schulen;
- eine antimilitaristische Zusammenarbeit zwischen Bochum und seinen Partnerstädten;
- eine Vernetzung und ein gemeinsames Engagement aller antimilitaristischen Organisationen und Gruppen in Bochum.

4. Stadtentwicklung

4.1 Soziale Stadtentwicklung

Für ein lebenswertes Bochum

Ziel einer modernen Stadtentwicklung ist für DIE LINKE. eine lebenswerte und lebendige Stadt für alle. Verkehrsplanung, Wohnungsbau, Naherholung, öffentliche Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten müssen auf die Bedürfnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung ausgerichtet sein.

Auch in Bochum findet eine schleichende soziale Entmischung der Stadtteile statt; zugleich werden beständig soziale Standards abgesenkt. Die verstärkten Tendenzen der gesellschaftlichen, sozialen und räumlichen Absonderung von Menschen führen dazu, dass sich soziale Gegensätze weiter verschärfen. In Bochum haben sich teilweise abgesonderte Bereiche für Arme, Migrantinnen und Migranten herausgebildet. In vielen Vierteln fehlen öffentliche Einrichtungen wie Jugendtreffs, Sozialberatungsstellen, Seniorentreffs, Stadtteilbibliotheken. Es bleiben somit kaum noch öffentliche Treffpunkte, den Kindern und Jugendlichen bleibt nur die Straße und die alten Menschen vereinsamen in ihren Wohnungen.

Aufgabe einer sozialen Stadtentwicklungspolitik ist es, diesen Tendenzen entgegen zu wirken. Dazu ist die Ansiedlung von Kindergärten, Schulen, Jugendtreffs und Kultureinrichtungen in den Stadtteilen notwendig. Der Ausbau der Grundversorgung, der Freizeiteinrichtungen und Kulturangebote in Wohnortnähe, die auch für diejenigen erreichbar sind, die nicht mehr so mobil sind, muss gewährleistet werden. Ebenso dürfen Veranstaltungen in den einzelnen Stadtteilen nicht allein dem Engagement der Werbegemeinschaften überlassen bleiben. Nur so können sich Bürgersinn und Bürgerengagement auch entwickeln.

Viele Menschen sind auf wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten angewiesen. Geschäfte des täglichen Bedarfs gehören nicht in Einkaufszentren auf der grünen Wiese, sondern in die Stadtteile, ebenso wie dezentrale Wochenmärkte. Der Masterplan Einzelhandel, mit dem die Innenstadt, die Stadtteilzentren und die Nahversorgung gegenüber Einkaufszentren auf der grünen Wiese gestärkt werden sollen, ist konsequent umzusetzen.

Nicht ein weiterer Ausbau der Eventkultur und von Leuchttürmen im Innenstadtbereich ist notwendig, sondern ein Ausbau von Grundversorgung von Freizeiteinrichtungen und Kulturangeboten in Wohnortnähe. Wie in vielen anderen Städten geht auch in Bochum die Einkaufsqualität in der Innenstadt zurück. Hier sollten alle Anstrengungen unternommen werden, um die Produktpaletten zu erweitern und Investoren hierfür zu gewinnen. Die Entwicklung des Geländes am Amts- und Landgericht hat hierfür eine besondere Bedeutung: Einerseits sollte hier die Angebotspalette des Einzelhandels in der Innenstadt maßvoll

ausgeweitet werden, andererseits bietet das Gelände auch Potentiale für Dienstleistungen und Wohnen in der Innenstadt.

Bochum ist eine schrumpfende Stadt. Soziale Stadtentwicklung muss dem Trend des Umzuges gut verdienender Familien ins Umland entgegenwirken. Untersuchungen haben ergeben, dass diese Umzüge vor allem vollzogen werden, weil die Menschen im Umland eine höhere Lebensqualität mit größeren Wohnungen, mehr wohnnahen Grünflächen und geringeren Lärmbelastigungen realisieren können. Deshalb gehört für DIE LINKE. eine soziale Wohnungspolitik, eine Verkehrs- und Umweltpolitik, die die Immissionen des Autoverkehrs und von Industrieanlagen einschränkt und ein Schutz von wohnortnahen Grünflächen zu einer Politik der sozialen Stadtentwicklung.

Immer mehr preiswerter, sozialer Wohnraum in den Innenstädten muss zu Gunsten von Hochglanzfassaden und Einkaufspassagen weichen. Wir meinen: die sozialen Funktionen der Städte und vor allem der Innenstädte müssen erhalten und verteidigt werden. Für DIE LINKE. gehört zu den Grundvoraussetzungen sozialer Sicherheit und Menschenwürde eine sichere, finanzierbare, dem Bedarf entsprechende Wohnung. Soziale Wohnungspolitik heißt für uns deshalb: vorausschauende und an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Stadtentwicklungspolitik. Es fehlen aber nach wie vor qualitativ gute, familiengerechte, generationsübergreifende und bezahlbare Wohnungen sowie Wohnungen, die verändertem Sozialverhalten gerecht werden (z. B. Singlehaushalte, Wohngemeinschaften junger Menschen). Hier haben die VBW und die verschiedenen Wohnungsbaugenossenschaften eine besondere Aufgabe.

Trotz Rückgang der Bevölkerung ist eine Ausweitung des Wohnungsbaus notwendig. Viele bestehende Wohnungen entsprechen nicht mehr den heutigen Standards. Der notwendige Wohnungsbau sollte weitgehend an bestehenden Wohnungsbau angeschlossen werden, primär sollten Baulücken geschlossen werden. Viele ungenutzte innenstadtnahe Brachflächen sind weiterhin im Besitz der Deutschen Bahn AG. Diese müssen einer Stadtentwicklungsplanung zugänglich gemacht werden.

Städtische Grünflächen sind nicht nur für die wohnortnahe Erholung, für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wichtig, sondern sie sind vielfach Frischluftschneisen, die das Klima in der Stadt wesentlich beeinflussen. In einer dichtbesiedelten Großstadt wie Bochum müssen die wenigen noch vorhandenen Freiflächen dringend erhalten werden, um die Lebensqualität für die Menschen nicht noch weiter zu beeinträchtigen.

Ziel der Stadtentwicklungspolitik der LINKEN ist es, in möglichst vielen Gebieten eine Mischung von Wohnungen, Erholungsflächen und Arbeitsplätzen, soweit die gewerblichen Immissionen dies zulassen, zu erreichen. Dabei sollen bei Neuansiedlung von Gewerbebetrieben vor allem Industriebrachen genutzt werden. Eine Neuausweisung von Gewerbegebieten auf bestehenden Grünflächen lehnen wir ab. Die Vergabe von städtischen Gewerbegrundstücken sollte

möglichst nur auf Pachtbasis erfolgen, um langfristig eine kommunale Weiterentwicklung zu gewährleisten.

Bei Privatinvestitionen steht profitable Kapitalverwertung, nicht aber der gesellschaftliche Nutzen wie Arbeitsplatzschaffung, soziale und kulturelle Entwicklung an erster Stelle. Wo es keine großen und längerfristigen Gewinnaussichten gibt, investiert kein Unternehmen. Politik, zumal auf kommunaler Ebene, hat hier nur wenige Steuerungsmöglichkeiten. Investoren nutzen die Konkurrenz der Kommunen untereinander, um günstigste Bedingungen herauszuschlagen. Dem kann nur mit einer verstärkten regionalen Zusammenarbeit begegnet werden. Die bisherigen Kooperationen im Rahmen der Entwicklung des Regionalen Flächennutzungsplanes oder der Wirtschaftsförderung Mittleres Ruhrgebiet müssen konsequent weiterentwickelt werden. Hier sollte in Zukunft auch der Regionalverband Ruhr eine größere Rolle spielen.

DIE LINKE. tritt ein für:

- die Zusammenführung von Arbeit, Wohnen und Freizeit, statt weiterer Zersiedelung
- die Stärkung der Innenstadt, der Stadtteilzentren und der Nahversorgung durch konsequente Anwendung des Masterplan Einzelhandels
- die Aufrechterhaltung und Erweiterung des Angebotes von Bürgerhäusern, kleinen Theatern, Jugendtreffs, Stadtteilbibliotheken und Sportstätten
- die Stärkung des öffentlichen, sozialen Wohnungsbaus und mehrgeschossigen Wohnungsbaus
- eine flächensparende Bauweise bei der inneren Gestaltung neuer Baugebiete
- den Erhalt der vorhandenen Frei- und Grünflächen
- eine konsequente Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Stadtplanung und lokalen Entscheidungen;
- die Verhinderung des Verschleuderns öffentlichen Wohnraumes, wie durch den Verkauf der LEG-Wohnungen
- die Neuansiedlung von Gewerbebetrieben auf bestehenden Industrieböden
- Erbpacht vor Verkauf bei der Vergabe von Gewerbegrundstücken
- eine Stärkung der regionalen Zusammenarbeit bei Stadtplanung und Wirtschaftsförderung

4.2 Wohnen

Wohnen ist Menschenrecht

Die Wohnung ist Zentrum des Lebens, steht für Identität und darf deshalb nicht wie eine gewöhnliche Ware gehandelt werden. Für DIE LINKE. Bochum gehören bezahlbare, sichere und bedarfsgerechte Wohnungen zu den Grundvoraussetzungen sozialer Sicherheit und Menschenwürde. Deshalb brauchen wir einen ausreichenden Anteil von kommunalem und genossenschaftlichem Wohneigentum hier vor Ort.

Verfügt eine Kommune wie Bochum nicht über eigene Wohnungen, ist sie weder in der Lage, die Höhe der Mieten zu beeinflussen, noch an Programmen zur Stadtentwicklung teilzunehmen. Das muss nicht so sein: Kommunen können Wohnungs- und Obdachlosigkeit verhindern, die Miet- und Betriebskostenentwicklung dämpfen, eine Aufwertung des Wohnumfelds durch Stadtumbau und Quartiersmanagement organisieren. Gemeinnützige Wohnungsunternehmen sind daher für die sozialpolitischen und städtebaulichen Aufgaben der Zukunft unverzichtbar.

Um Schulden tilgen zu können, haben Bund, Länder und Kommunen in den vergangenen Jahren einen hemmungslosen Ausverkauf öffentlichen Eigentums betrieben. In Bochum waren Mieterinnen und Mieter der 1300 Bochumer Wohnungen der LEG-Tochter Ruhr-Lippe durch den LEG Verkauf betroffen– ohne Rücksicht auf die unsozialen Folgen der Privatisierung. Wir setzen uns gegen den Ausverkauf öffentlichen Eigentums an Wohnungen und kommunalen Versorgungsunternehmen und für den Erhalt und Förderung bezahlbarer Wohnungen für Familien und ältere Menschen ein.

DIE LINKE. Bochum will,

- dass der soziale Wohnungsbau gestärkt wird, genossenschaftliche Initiativen unterstützt, ausreichend alten- und behindertengerechter Wohnraum zur Verfügung gestellt, die Bewohnerinnen und Bewohner durch Quartiersmanagement in die lokalen Entscheidungen einbezogen werden.
- die Stadtumbauprogramme konsequent fortführen und mit regionaler Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung verbinden, um das soziale, wirtschaftliche und urbane Leben auch in Bochum zu stabilisieren

Es ist eines modernen Sozialstaates unwürdig, dass Menschen von Obdachlosigkeit und Zwangsumzügen bedroht sind, wenn sie ihre Miete nicht mehr bezahlen können.

4.3 Verkehr

Für eine sozial-ökologische Verkehrswende – Mobilität für alle!

Der motorisierte Individualverkehr nimmt überhand, besonders in den Ballungsräumen wie Bochum: das führt zu enormen Belastungen der Umwelt. Gleichzeitig ist das Angebot des öffentlichen Personennahverkehrs zu gering. So schränkt sich für die Menschen, die nicht mit dem Auto unterwegs sein können oder wollen, Mobilität immer mehr ein, dringende Ausbaumaßnahmen unterbleiben.

Sparmaßnahmen bei Bus und Bahn treffen besonders Jugendliche, ältere Menschen und solche, die sich kein Auto leisten können. DIE LINKE. Bochum will den motorisierten Individualverkehr zurückdrängen zugunsten des öffentlichen Verkehrs, sowie die Verwirklichung eines Grundrechts auf Mobilität für Alle. Die Bereitstellung eines bezahlbaren öffentlichen Personenverkehrs ist für uns eine soziale und ökologische Frage.

Die Zurückdrängung des Autos aus den Innenstädten kann nur gelingen, wenn als Alternative neben Bus und Bahn auch ein gut ausgebautes Radwegenetz zur Verfügung steht, das Fahrten ohne störende oder gefährliche Unterbrechungen gewährleistet. Hierbei muss die Stadt Bochum beim Land auf ausreichende Finanzierung drängen.

Gerade für Pendler oder Besucher von Innenstädten bieten Park-and-Ride Systeme interessante Alternativen. Sie können eine ökologisch sinnvolle und praktische Möglichkeit zur Beruhigung des Innenstadtverkehrs sein.

In einem Ballungsraum wie Bochum sind attraktive Taktzeiten der öffentlichen Verkehrsmittel besonders wichtig. Denn sonst verfehlen gut ausgebaute Verkehrsnetze ihren Sinn, z. B. wegen Überfüllung oder mangelnder Flexibilität.

Der öffentliche Personenverkehr gehört zur Grundversorgung. Deshalb ist es Aufgabe der öffentlichen Hand, Mobilität für die Menschen zu sichern. Nicht alle öffentlichen Verkehrsmittel sind barrierefrei zu nutzen.

Öffentliche Verkehrsunternehmen dürfen nicht privatisiert und damit dem Profitstreben untergeordnet werden. Verkehrssubventionen zur Steuerung der Takte und Verkehrssysteme sind erforderlich, um den Herausforderungen an ein soziales und ökologisches Verkehrssystem gerecht zu werden. Wenn Verkehrsnetze rentabel sein müssen, geht das zwangsläufig auf Kosten von Takten und Strecken.

DIE LINKE. will den Vorrang des Öffentlichen Personennahverkehrs. Dies muss ergänzt werden durch ein Sozialticket für Einkommensschwache.

DIE LINKE. tritt ein für:

- Mobilität für alle, denn Mobilität ist ein Grundrecht. Initiativen zu mehr Teilhabe von Menschen ohne Auto an Mobilität müssen her. Dazu

gehören Sozialtickets, Jugend- oder Seniorentarife. Firmen- oder Jobtickets sind attraktiver zu gestalten;

- Die Einführung eines Sozialtickets, das seinen Namen verdient, als erster realistischer Schritt: für Bochum, perspektivisch später für den gesamten VRR-Bereich bzw. flächendeckend in ganz NRW
- eine deutliche Erhöhung des Anteils von Öffentlichem Personennahverkehr sowie des Fuß- und Radverkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen. Hierzu müssen Verkehrspläne aufgestellt bzw. angepasst werden, die verbindliche Ziele, sozial-ökologische Schritte und attraktive Angebote enthalten;
- die Einrichtung von großflächigen Umweltzonen sowie das Ergreifen von weiteren geeigneten Maßnahmen, um hohe Feinstaub- und CO₂-Belastungen zu verringern;
- den Erhalt demokratischer Kontrollmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern über den öffentlichen Verkehr

Vorrangiger Ausbau des ÖPNV:

- Taktverdichtung
- Netzausbau (vor allem von dezentralen Verbindungen)
- Bus- und Taxispuren an allen Stau-gefährdeten Straßenabschnitten
- Ampelvorrangschaltungen auch für Buslinien
- kein weiterer U-Bahn-Bau! - Öffentlicher Verkehr gehört in die Öffentlichkeit, nicht in den Keller; Kostenverhältnis Straßenbahn : U-Bahn = 1 :3 bis 7
- Informationsterminals an den Haltestellen mit Echtzeit-Fahrplaninfos und telefonischem Kontakt zur Fahrplanauskunft und für Notrufe

Ausbau des Radwegenetze für den Alltags- und Freizeitverkehr :

- die Anlage von breiten Radwegen auf allen Hauptstraßen der Stadt
- der Ausbau eines leistungsfähigen Innenstadt-Fahrradringes
- Ausbau der Radwege auf alten (Werks-)Bahntrassen
- flächendeckende Ausschilderung von Radverkehrsrouten

Barrierefreiheit im ÖPNV:

- Barrierefreiheit heißt, dass Behinderte *selbstständig* öffentliche Verkehrsmittel nutzen können! Das gilt für die Gestaltung von Haltestellen, Bahnhöfen, Fahrzeugen und Informationen
- solange der Öffentliche Verkehr nicht behindertengerecht ausgebaut ist, ist der Ausbau der Behindertenfahrdienste erforderlich

4.4 Kultur

Zugang zu Kultur für Alle!

Für DIE LINKE. ist Kultur eine der Grundlagen persönlicher Selbstentfaltung und gesellschaftlicher Teilhabe. Sie allen Menschen zugänglich zu machen, ist unsere zentrale Forderung. Damit sich insbesondere sozial schwache Menschen kulturelle Teilhabe leisten können, setzen wir uns für ermäßigte Eintrittspreise für Kulturangebote in Bochum und für ein flächendeckendes Angebot an soziokulturellen Einrichtungen in den Stadtteilen ein.

Kultur ist das, was unser Leben ausmacht. Eine hochentwickelte kulturelle Infrastruktur und eine lebendige "freie Szene" erhöhen die Lebensqualität in Bochum. Für uns ist Kulturförderung ein Teil unseres kommunalen Selbstverständnisses. Von Theatern, Museen, Orchester und Bibliotheken, über Musik- und Kunstschulen bis hin zu Volkshochschulen und Denkmalpflege. Die Angebote der freien Kulturszene, "Nischenkultur", Szenetreffs, Ausstellungen und Kleinkunsth Bühnen sichern eine große Programmvielfalt. DIE LINKE. fordert materielle und ideelle Unterstützung für Kunstschaffende aus unterschiedlichen Kulturen und Schichten.

Die Sanierung öffentlicher Kassen auf Kosten von Kunst und Kultur lehnen wir entschieden ab. Kultur hat an Lebensqualität, Identität, Wachstum, Integration und Bildung in Bochum entscheidenden Anteil und ist somit eine unverzichtbare Grundlage für ein soziales und gerechtes gesellschaftliches Zusammenleben.

DIE LINKE. will Kulturpolitik neu ausrichten. Für uns stehen nicht einige, wenige Großereignisse im Jahr im Vordergrund, sondern die Förderung vieler kleiner Projekte und Einrichtungen, die für alle zugänglich sind. Aufgabe der öffentlichen Hand ist die finanzielle Unterstützung einer breiten Kultur für alle, um die Vielfalt zu sichern. Kulturelle Projekte dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, Kleinkunst nicht zugunsten prestigeträchtiger Vohaben wie dem Bau des Konzerthauses für die Bochumer Symphoniker vernachlässigt werden. In diesem Zusammenhang erkennt DIE LINKE. die Notwendigkeit der Errichtung eines Konzerthauses an, um die Proben- und Auftrittsmöglichkeiten der Bochumer Symphoniker zu verbessern. Aufgrund der finanziellen Haushaltslage und dem nicht realistischen Finanzierungsplan, der droht, zur Belastung des Haushalts beizutragen, sieht die LINKE. derzeit jedoch keine Möglichkeit, dieses berechtigte Anliegen mit kommunalen öffentlichen Mitteln zu realisieren.

DIE LINKE. verfolgt das Ziel, Respekt, Toleranz und Vielfalt zu fördern. Deshalb setzt sie sich für die Förderung antirassistischer und interkultureller Kultur- und Bildungsangebote anstelle einer angeblichen „Leitkultur“ ein.

DIE LINKE. tritt ein für:

- die Ausrichtung der Bochumer Kulturpolitik in Richtung „Kultur für Alle“;
- deutliche Vergünstigungen von mindestens 50 % für alle InhaberInnen des Bochum-Passes und weiterer Berechtigter (SchülerInnen, Auszubil-

dende, Zivildienstleistende etc.) in allen kommunalen Kultureinrichtungen

- die Förderung der kulturellen Vielfalt
- Erhalt und Ausbau von flächendeckenden dezentralen Kultur- und Freizeiteinrichtungen in allen Stadtteilen
- die Beibehaltung der ausreichenden finanziellen und personellen Ausstattung der Musikschulen, Museen, Bibliotheken, kommunalen Kultureinrichtungen
- Förderung von Auftritten freier Theater- und Musikgruppen und Bereitstellung von Probenräumen
- eine antirassistische, interkulturelle Politik statt „Leitkultur“; damit einhergehend: den Erhalt multikultureller Einrichtungen wie dem Festival "Kemnade International" u.a.
- die Bereitstellung von öffentlichen Plätzen für soziokulturelle Feste und Veranstaltungen - wider die schleichende Privatisierung des öffentlichen Raums!
- Schaffung eines öffentlich nutzbaren Aufnahmestudios mit professioneller Unterstützung für die Erstellung von Bürgerfunksendungen

4.5 Sport

Sport- und Freizeitgestaltung als Querschnittsaufgabe

Sport in seiner Gesamtheit als Freizeit-, Gesundheits-, Schul- und Spitzensport hat wichtige soziale, gesundheitliche und erzieherische Funktionen und ist daher unverzichtbar. Die immer stärker werdende Individualisierung, Vereinsamung und gefühlsmäßige Verarmung der Gesellschaft zeigt die Wichtigkeit von Sport als sozial integrative Querschnittsaufgabe auf. Der Zugang hierzu muss jedem uneingeschränkt möglich sein! DIE LINKE. fordert, den Zugang zu Sportstätten und Schwimmbädern insbesondere für einkommensschwache Familien kostenlos zu gestalten. Des weiteren ist der Erhalt und die nicht Privatisierung Bochumer Schwimmbäder für DIE LINKE. Bochum maßgebend. Die Gesamtsituation wie sie sich derzeit z.B. im Bochumer Südbad darstellt ist ungenügend. Das Freibad ist seit zwei Jahren wegen Renovierung aufgrund von Bergschäden geschlossen. Es darf nicht sein, dass Menschen, besonders auch aus einkommensschwachen Familien, auf andere Freibäder, wie in diesem Fall z.B. auf das Freibad in Hattingen Welper oder Wattenscheid-Höntrop ausweichen müssen.

Sport- und Freizeitgestaltung in seiner Vielfalt für alte und junge Menschen als Kinder-, Senioren-, Reha-, Behinderten- und Breitensport bietet eine Vielzahl positiver Aspekte und unterstreicht zusätzlich den Zusammenhang zwischen

Sport- und Gesundheitsvorsorge. Kommunale Aufgabe in Bochum muss es sein, über den Erhalt und die Förderung hinaus, außerdem die Eigeninitiative von Vereinen zu stärken.

Auch dopingfreier Hochleistungssport mit seinen nationalen und internationalen Wettbewerben hat seine Daseinsberechtigung. Entsprechende Sportstätten für Leistungssportler sowie Talentförderung sind auch uns ein Anliegen. Hier gilt ebenfalls: Zugangsmöglichkeiten zum Hochleistungssport für alle einschließlich eines barrierefreien Zugangs für Menschen mit Behinderung.

Vermeintliche Prestigeobjekte wie z.B. die finanziell auf wackligen Füßen stehende und Millionen Euro verschlingende Unterstützung zur Frauen Fußballweltmeisterschaft 2011 in Bochum oder der teure Profi-Radrennstall der Sparkasse Bochum sind nicht nur unverhältnismäßig, sondern widersprechen auch den Zielen, für die DIE LINKE. Bochum eintritt.

DIE LINKE tritt ein für:

- Erhalt und Ausbau kommunaler Kultur-, Freizeit- und Sporteinrichtungen
- uneingeschränkten und barrierefreien Zugang zu Sport- und Freizeiteinrichtungen
- finanzielle Vergünstigungen für einkommensschwache Familien
- Stärkung und Förderung der Eigeninitiative von Vereinen

5. Ökologie

5.1 Umwelt

Für ein ökologisches Bochum

Ziel einer modernen Stadtentwicklung ist für DIE LINKE. eine lebenswerte und lebendige Stadt für alle. Verkehrsplanung, Wohnungsbau, Naherholung, öffentliche Einrichtungen und Einkaufsmöglichkeiten müssen auf die Bedürfnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung ausgerichtet sein. Täglich werden in Deutschland 4 Hektar Fläche versiegelt, das entspricht der Größe von 60 Fußballfeldern. Doch dies ist nicht die einzige Belastung für Umwelt und Mensch. Denn gleichzeitig werden immer mehr Stadtbezirke mit gewachsenen, sozialen Strukturen dem Verfall preisgegeben, weil sie zum Objekt von Spekulanten und Kapitalinteressen werden. Nur durch eine zukunftsorientierte Stadtplanung sind die Schädigungen im Sozialbereich und bei den verbliebenen ökologischen Strukturen in Städten und Gemeinden umzukehren. Für

DIE LINKE. stehen Ökologie und Ökonomie nicht im Widerspruch. Dabei geht es darum, schädliche Auswirkungen zu verhindern und gleichzeitig Fehler der Vergangenheit zu berichtigen. Doch heute entstehen Gewerbekomplexe zahlreich auf der grünen Wiese, während innerstädtische oder stadtnahe Industriebrachen nicht genutzt werden. Die Gründe? Betriebe wollen Flächen in Reserve halten oder niemand will für die Altlastensanierung aufkommen. Für DIE LINKE. ist klar: Flächenrecycling auf bestehenden Industriebrachen hat den Vorrang. Im Kontext von Erhalt oder Renaturierung von Grünflächen und Industriebrachen sollen auch geeignete Flächen für Hundewiesen ausgewiesen und entsprechend ausgestattet werden, um zumindest eine einigermaßen artgerechte Haltung von Hunden in einer Großstadt zu ermöglichen. Arbeit und Wohnen müssen eng gekoppelt werden, d.h. Bürgerinnen und Bürger müssen ihren täglichen Bedarf im Stadtteil decken können. Denn kurze Wege in Stadt und Gemeinde entlasten Mensch und Umwelt.

DIE LINKE. tritt ein für:

- Erhalt und Ausbau der kommunalen Umweltverwaltung;
- Unterstützung der Naturschutzverbände;
- Reduzierung von Umweltbelastungen, statt sie lediglich zu verdünnen, indem man sie auf größere Flächen verteilt;
- die Zusammenführung von Arbeit, Wohnen und Freizeit, statt weiterer Zersiedelung;
- Planungen, die am wenigsten in den Freiraum eingreifen. Bei Siedlungserweiterungen sind soziale und ökologische Gesichtspunkte vorrangig zu berücksichtigen;

- Erhalt oder Renaturierung von Grünflächen und Industriebrachen;
- sinnvolle Nutzung von Freiflächen. Diese dürfen nicht verschleudert werden als Pufferzonen für Nutzungen, die sich gegenseitig beeinträchtigen oder ausschließen;
- Ausbau und Erhalt von Naherholungsflächen;
- das Ausweisen und die entsprechende Ausstattung geeigneter Flächen für Hundewiesen;
- die kritische Überprüfung von Siedlungsausweisungen in Flächennutzungs- und Bebauungsplänen unter Bedarfs- und Folgegesichtspunkten;
- Zurückhaltung beim Bauen im Außenbereich (§ 35 Baugesetzbuch). Hier müssen weiterreichende kommunale Normen entwickelt werden;
- eine flächensparende Bauweise bei der inneren Gestaltung neuer Baugebiete. Dem widerspricht nicht die Auflockerung durch Grün sowie andere ökologische Maßnahmen;
- die Umstellung auf ökologisch angebaute Nahrungsmittel in allen öffentlichen Kantinen und vor allem Schulen;

DIE LINKE. unterstützt die regionale Herstellung und Vermarktung von Produkten. Dadurch werden weite Transporte vermieden und die regionale Wirtschaft gefördert. Wir wollen eine nachhaltige Regionalpolitik, die neue Arbeits- und Ausbildungsplätze schafft. Dafür ist die Ausarbeitung ökonomischer, ökologischer und sozialer Zielsetzungen erforderlich.

Sauberes Trinkwasser für Bochum

Seit dem PFT Skandal und den danach vorgenommenen Wasserproben aus dem Ruhrwasser hat sich gezeigt, dass die Verunreinigung durch diesen krebserregenden Stoff keineswegs ein Einzelfall durch einen kontaminierten Acker ist, sondern an der Ruhr gelegene Industriebetriebe seit Jahren ebenfalls durch ihre Abwässer zu dieser Vergiftung beitragen. Die einzige Abhilfe für Städte wie Bochum, die ihr Trinkwasser aus der Ruhr beziehen, ist der Einsatz von Aktivkohle- und anderen geeigneten Filtern bei der Wassergewinnung. Diese Tatsachen sind dem NRW - Umweltministerium seit Jahren bekannt und auch die grüne Exumweltministerin wusste schon von diesen Problemen.

DIE LINKE. tritt ein für:

- die Umstellung der Trinkwassergewinnung für Bochum auf den Einsatz von Aktivkohle- und anderen geeigneten Filtern;

Saubere Luft und Lärmschutz für Bochum

Was tun gegen Feinstaub?! Die Umweltzone Ruhr

Feinstaub ist extrem gesundheitsgefährdend, er verursacht Asthma und andere Lungenerkrankungen. Trotzdem wird in den einzelnen Kommunen kaum etwas dagegen getan. Das liegt auch daran, dass ihr Handlungsspielraum begrenzt ist. Einer der Hauptverursacher von Feinstaub ist neben der Industrie der Straßenverkehr. Er hört nicht an der Stadtgrenze auf, also wandert die verdreckte Luft auch über die Stadtgrenze hinaus. Kleinräumige Maßnahmen wie Straßensperren lösen die Probleme nicht, sie werden nur verlagert. Aus diesem Grund hat der Regionalverband Ruhr (RVR) eine städteübergreifende Initiative für eine Umweltzone Ruhr ergriffen. Damit sollen besondere Dreckschleudern nach und nach aus dem Straßenverkehr im Ruhrgebiet verschwinden. Gleichzeitig sind eine Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs und verschärfte Kontrollen von Kraftwerks- und Industrieanlagen vorgesehen. Der Vorschlag des RVR für eine solche Umweltzone stößt zum Teil in der Wirtschaft und zum Teil in der Politik auf erheblichen Widerstand. Insbesondere bei CDU und FDP ist dieser Vorschlag mehr als umstritten. Bochum ist wie das gesamte Ruhrgebiet mit Feinstäuben belastet, die besonders durch den Autoverkehr und industrielle Produktion entstehen. Die Einführung einer Umweltzone Ruhr ist vorerst gescheitert, deshalb müssen jetzt konkrete Forderungen für Bochum her und diese müssen auch konsequent umgesetzt werden. Lärm macht krank! Dagegen hilft nur die konsequente Umsetzung der gültigen Emissionsschutzregelungen in allen Bereichen und deren Überwachung durch die zuständigen Stellen.

DIE LINKE. tritt ein für:

- festinstallierte Messstationen für Feinstaub an den Brennpunkten (bisher gibt es nur 2 Messstationen), sowie mobile Messstationen, um flexibel reagieren zu können;
- eine Reduzierung der Lärm- und Feinstaubbelastung, vor allem in den Innenstädten durch die Einführung von Umweltzonen;
- die Einhaltung des künftigen EU-Grenzwertes bei der Beschaffung von Dienstfahrzeugen und eine kontinuierliche Anpassung an den Stand der Technik;
- Lärmschutz durch die konsequente Umsetzung der gültigen Emissionsschutzregelungen in allen Bereichen und deren Überwachung durch die zuständigen Stellen.

Baumschutz

DIE LINKE. will zur Diskussion von Problemen beitragen, damit die Menschen empfindsam werden für Fehlentwicklungen und offen für Alternativen zur gegenwärtigen Politik. So ist die zu starke Verdichtung der Bebauung in Frage zu stellen. Städte brauchen ihre grünen Lungen, jeder Straßenbaum übernimmt

wichtige Schutzfunktionen gegen die Luftverschmutzung. Bebauungslücken ermöglichen einen besseren Luftaustausch, sind also vorteilhaft für das Stadtklima. Die bestehende Baumschutzsatzung ist außerordentlich lasch und lässt viele Ausnahmeregelungen zu.

DIE LINKE. tritt ein für:

- eine gründliche, dem Umweltschutz gerechte Überarbeitung der bestehenden Baumschutzsatzung;
- die Nutzung der Möglichkeit, Bäume, Baumgruppen und Grünflächen unter Denkmalschutz zu stellen;
- das drastische Einschränken einer Genehmigung zum Fällen von Bäumen unter Auflagen der Ersatzbepflanzung.

5.2 Energie

Energie ist für alle Menschen in unserer Gesellschaft ein unverzichtbares Gut, auf das alle angewiesen sind und alle ein Anrecht haben. Angesichts der Tatsache, dass gerade untere und mittlere Einkommen real stagnieren oder zurückgehen kann der Strompreis nicht beliebig erhöht werden, ja eine andere Preisstruktur die das Energiesparen belohnt und die Verschwendung verteuert wäre erheblich gerechter. Die Industrienationen verbrauchen 80% der weltweit verfügbaren Energie und in Deutschland werden 80% der Energie von den 20% der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen verbraucht. Allein diese Zahlen belegen, dass sowohl im Weltmaßstab wie auch in der Kommune die Verfügbarkeit über Energie vom Einkommen abhängt und deshalb dringend einer sozialen Komponente bzw. eines Systemwechsels bedarf.

Der Energiemarkt im neuen Jahrtausend

Die Prognosen der führenden Zukunftsforschungsinstitute sind einhellig der Meinung: die nächsten Verteilungskämpfe auf der Welt werden um Energie und Wasser geführt. Dies wird durch die aktuellen Berichte der Unep (Umweltorganisation der UNO) nachdrücklich bestätigt. Außerdem wird dort noch einmal festgestellt "... die globale Erwärmung ist nun nicht mehr aufzuhalten, sondern nur noch zu begrenzen. Die fossilen Energieträger, wie Kohle, Erdöl und Erdgas, ebenso wie Uran sind endlich, ihre Produktion und Verwendung schädigt die Umwelt nachhaltig. „

Der Umstieg auf naturschonende Energienutzung und der Einsatz erneuerbarer Energiequellen verbunden mit konsequenten Energiesparmaßnahmen und Steigerung der Energieeffizienz koppeln uns von dieser Entwicklung ab, erhöhen die Wettbewerbsfähigkeit und schaffen Arbeitsplätze im Handwerk, in kleinen und mittleren Betrieben und in Konzernen. In Lehre und Forschung werden ebenfalls neue Impulse gebraucht, die diesen Bereichen den Stellenwert für

unsere Zukunft geben und zu Synergieeffekten mit den in diesem Umfeld tätigen Unternehmen und gesellschaftlichen Gruppen führen müssen.

Global denken – lokal handeln!

Deutschland ist EU-weit der Hauptverursacher der klimaschädlichen Kohlendioxid-Emissionen. Verantwortlich dafür sind Stein- und vor allem Braunkohlekraftwerke. Aus Kohle wird drei Viertel des Stroms in NRW erzeugt. Zahlreiche neue Kraftwerke sind in Planung, die vor allem eines sichern sollen: die Profite von RWE und E.O.N. Dies zerstört nicht nur die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen, sondern auch die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen. DIE LINKE. tritt deshalb für den Schutz und Erhalt der Umwelt vor Kapitalinteressen ein. Diejenigen Menschen leiden am stärksten unter dreckigem Wasser, verpesteter Luft, Lärm, Radioaktivität und verseuchten Böden, die sich aus finanziellen Gründen dem nicht entziehen oder sich nicht dagegen schützen können.

Wie Energie bereitgestellt wird, wird auch von Kommunalpolitikern entschieden. Vier Fünftel des Energiebedarfs privater Haushalte bestehen aus Raumwärme und Warmwasser. Obwohl diese Energie bei der Stromproduktion als Abwärme anfällt, wird sie hierzulande kaum genutzt und über Kühltürme in die Umwelt gepustet. Würde sie als Fernwärme genutzt, könnte ein Großteil des Energiebedarfes in diesem Bereich eingespart werden. DIE LINKE. tritt für den konsequenten Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung und den Ausbau der Fernwärmenetze ein.

Die Rolle der Stadtwerke

Die Stadtwerke bekommen durch die Direktvermarktung von Strom und Gas durch die Monopolisten Konkurrenz in ihrem angestammten Markt. Der Preisdruck zwingt zur Rationalisierung und Konzentration, so dass die ca. 900 eigenständigen Stadtwerke durch Beteiligungs- und Übernahmeangebote gefährdet sind und bis zu 40000 Arbeitsplätze verloren gehen können. Dabei sind starke und demokratisch und gesellschaftlich kontrollierte Stadtwerke unsere natürlichen Bündnispartner zur Erreichung unserer sozialen und umweltgerechten Ziele.

Die Stadtwerke Bochum haben zusammen mit Herne und Witten die ewmr (Energie- und Wasserversorgung mittleres Ruhrgebiet GmbH) gegründet. Deren Hauptaktivitäten sind Energiebezug, Energieerzeugung und Energiehandel. Durch diese Holding wird die Kontrolle erschwert.

Wir haben grundsätzlich nichts gegen gemeinsame Aktivitäten kommunaler Unternehmen, wie z.B. Einkauf- und Vertriebsgemeinschaften, um am Markt besser bestehen zu können. Wir sind aber gegen jede Aushöhlung der demokratischen Kontrolle und Beteiligungen der Monopolisten wie RWE durch die Hintertür. Deshalb lehnen wir auch die mit den Stadtwerken Dortmund unter dem Begriff Unisono II geplante Zusammenarbeit unter den gegebenen Bedingungen kategorisch ab.

Wir fordern den sofortigen Atomausstieg durch den Verkauf aller Beteiligungen an Atomstrom produzierenden Unternehmen und keinen Ankauf von Atomstrom. Keine Beteiligungen an neuen klimaschädlichen Kohlekraftwerken. Neuinvestitionen ausschließlich in regenerative Stromerzeugung, Blockheizkraftwerke, Leitungsnetze, Energieeffizienz, Energieberatung und andere dem Geschäftszweck der Stadtwerke entsprechenden Projekte. Ausweitung der Dienstleistungen in diesen Bereichen, z.B. Energieberatung für einkommensschwache Haushalte, Leasingangebote für stromsparende Elektrogeräte usw..

Sozialtarife und Energiekontingente

DIE LINKE. fordert die Einführung von Sozialtarifen im Energiebereich. Die massive Teuerung bei Strom, Heizung und im Verkehr muss sofort abgefedert werden, um Armut zu verhindern.

Mittelfristig führt der einzig gangbare Weg zu bezahlbarer Energie über Energieeinsparung, effiziente Energienutzung und erneuerbare Energien. Das hilft Haushalten mit kleinem Geldbeutel in der jetzigen Lage aber nicht.

DIE LINKE. fordert deshalb eine neue Energiepolitik, die vor allem den Verbraucherinnen und Verbrauchern zugute kommt. Neben gezielten Energiespar-Beratungen muss Haushalten mit kleinem Geldbeutel durch Sozialtarife geholfen werden. Auch ein Verbot von Strom- und Gassperren bei Privathaushalten muss im Energiewirtschaftsgesetz festgeschrieben werden.

DIE LINKE. tritt ein für: Sozialtarife für Strom und Gas.

Beispiel Marburg

Der Rat der Stadt Marburg hat nach der letzten Kommunalwahl die Bausatzung so geändert, dass bei Neubauten und bei Sanierungen zwingend Solarenergie zu integrieren ist, d.h. dass Solarenergie, Solarthermie oder eine Kombination aus beidem auf Dächern und Hausfassaden zu installieren ist. Alte Nachtspeicherheizungen müssen ausgetauscht und z.B. durch kleine Systeme zur Kraft-Wärmekopplung oder Fernheizsysteme ersetzt werden.

DIE LINKE. steht für: die zwingende Einbeziehung von Sonnenenergie bei Neubauten durch solarthermische, photovoltaische oder geothermische Anlagen.

Nachbarschafts- und Mieterinitiativen, Genossenschaften, Minikredite

Die Erzeugung von Ökoenergie sowie alle Formen des Energiesparens durch Nachbarschafts- und Mieterinitiativen und Genossenschaften brauchen Förderung und Unterstützung. Eine Möglichkeit sind Minikredite z.B. durch die Sparkasse oder durch die auf solche Förderung spezialisierte GLS Bank.

Deshalb fordert die Linke: Genossenschaftliche Projekte müssen gefördert werden.

DIE LINKE. tritt ein für:

- ein Ausbau der regenerativen Energieerzeugung und der Kraft-Wärme-Kopplung durch die Stadtwerke
- keine Beteiligung an weiteren Kohlekraftwerken
- eine wirksame demokratische Kontrolle der Stadtwerke und der ewmr
- Sozialtarife für Strom und Gas
- die zwingende Einbeziehung regenerativer Energien bei Neubauten

**DIE LINKE.
Kreisverband Bochum**

**www.dielinke-bochum.de
info@dielinke-bochum.de**

**Fax 0234 – 324 4774
Fon 0234 - 324 1500**

**Universitätsstraße 39
D-44789 Bochum**